Peter Helmes

DIE ABZOCKER

Peter Helmes

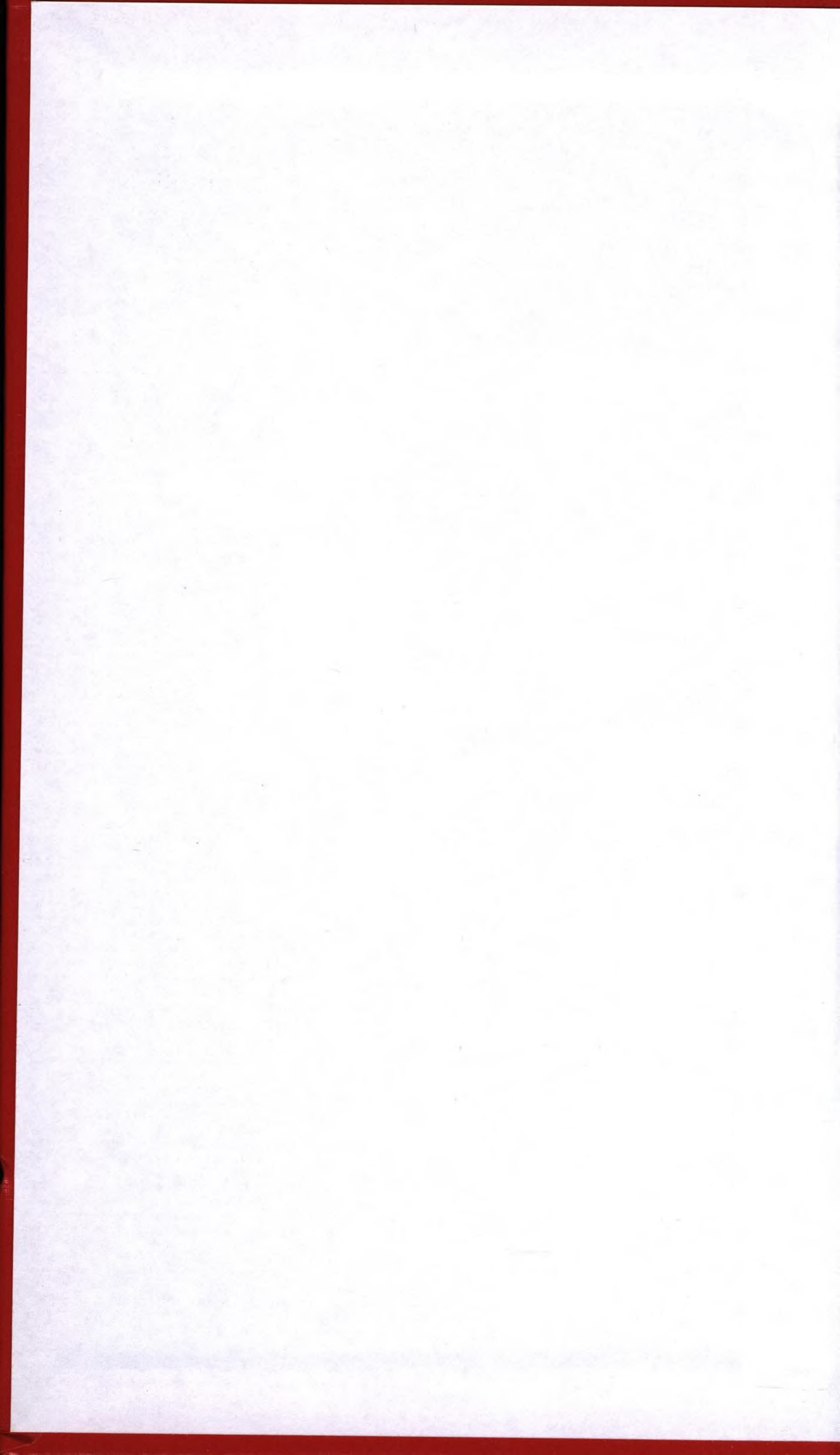
DIE ABZOCKER



Unsere Funktionäre und das "liebe Geld"

WPR Politikverlag

WPR





Peter Helmes · Die Abzocker



Peter Helmes

DIE ABZOCKER

Abkassierer und Absahner

Vorwort von Joachim Siegerist

Herausgeber: WPR Politikverlag
November/Dezember 2004

1. Auflage Dezember 2004

Beethovenstr. 60, 22083 Hamburg
Telefon: 040 / 298 10 390 - Fax: 040 / 298 22 240

Druck:
Kölle-Druck, Preußisch Oldendorf

INHALT

Seite

Vorwort von Joachim Siegerist ... 7

Zur Einleitung: Von Rindviechern und Göttern ... 9

1. Die politische Extra-Klasse ... 13

2. Die Mär von der „Diät“ ... 15

2.1. Die steuerfreie Dienstaufwands-Pauschale ... 15

2.2. Die steuerfreie Kosten-Pauschale ... 15

2.3. Die Abgeordneten-Diät ... 16

2.4. Die Rentenregelung der Bundesminister ... 18

2.5. Die Übergangsgelder ... 18

2.6. Die Altersversorgung der Abgeordneten ... 20

2.7. Das Weihnachtsgeld ... 22

2.8. Die Doppelversorgung ... 23

2.9. Die Abgeordneten-Immunität ... 26

2.10. Freie Fahrt – freier Flug ... 27

3. Die Bundesländer ... 28

4. Die Summe aller Übel: 570 Millionen Euro ... 31

5. Die umstrittene Parteien-Finanzierung ... 33

6. Renten-Ansprüche: Einige Beispiele ... 36

7. Die üppige Bundespräsidenten-Regelung ... 42

8. Abkassieren in Europa ... 50

8.1. Die Versorgungsbezüge der Abgeordneten des Europa-Parlamentes ... 51

8.2. Die Büro-Pauschale ... 52

8.3. Die Mitarbeiter-Pauschale ... 52

8.4. Die Entfernungs-Pauschale ... 52

8.5. Die Erstattung des regulären Flugpreises ... 52

8.6. Die Reisekosten-Erstattung ... 53

8.7. Die Tages-Pauschale 53
8.8. Ungeschmälerte Pensionen 53
8.9. Zusammenfassung 54
8.10. Die Wahnsinnsgehälter der EU-Beamten 54
9. Die Kassen-Meister – Spitze eines Eisberges 59
10. Volle Taschen – die DGB-Spitzengehälter 65
11. Kranke(n) Kassen – doch die Chefs kassieren 70
12. Manager ohne Moral – jedes Maß verloren 75
13. Die feinen Herren 93
13.1. Reinhard Wagner und der BHW-Vorstand: 3 Millionen abgesahnt 94
13.2. „Super Mario" Ohoven: Vermögensvernichtung mit Gesellschaftsglanz 96
13.3. Joseph A. Geyer – der Sonnenkönig der Pfalz 100
14. Groß-Abzocker Jassir Arafat: 300 Millionen Dollar Vermögen? 106
15. Verraten und gekauft – die Berater-Republik 110
16. Die PR-Berater der Bundesregierung 118
Quellen-Verzeichnis 123
Foto-Quellen-Verzeichnis 124
Personen-Register 125

Vorwort

von Joachim Siegerist, Vorsitzender der Deutschen Konservativen e.V.

Die Menschenschlange und der dicke Mercedes

An die 100 Menschen stehen Schlange vor meinem "Sorgenbüro" in Riga. Arme Menschen. Sie brauchen Schuhe, Lebensmittel, Bekleidung, Medikamente, in Einzelfällen Geld. Jeder Mitarbeiter von mir hat die strikte Anweisung zu befolgen: "Behandelt die Menschen nicht wie Bettler, sondern wie Ehrengäste." Schlimm, wenn armen Menschen die Ehre geraubt wird. Plötzlich stoppt ein großer, schwarzer Mercedes. Janina steigt aus.

Ehrfürchtig machen die Wartenden Platz. Die "große Frau" des Parlaments kommt. Die "große Frau" des Parlaments...............

Sechs Monate bin ich mit Janina durch Lettland gereist. Hunderte von Veranstaltungen. Kein Treffen, bei dem ich nicht auf korrupte und geldgierige Politiker schimpfe, die sich wie moderne Wegelagerer benehmen, mit dem großen Mercedes durch ein Land fahren, in dem viele Kinder nicht in die Schule gehen, weil sie keine Schuhe haben. Im Mittelpunkt meiner Kritik der teure Mercedes des Staatspräsidenten Ulmanis, den ich – vorsichtig formuliert – für einen "Betriebsunfall" halte. Und nun meine Janina. Stellvertretende Vorsitzende der Siegerist-Partei, Abgeordnete und seit einigen Tagen Mitglied im Parlaments-Präsidium.

Da steht sie, strahlt mich an..................und freut sich über "ihren" Mercedes. Fassungslos bölke ich sie an: "Janina, wie kannst Du nur? Und dann hier vor meinem Büro?"

Ebenso fassungslos sieht sie mich treuherzig an, weint fast, als sie antwortet: "Aber der Wagen steht mir doch zu. Ich bin im Parlaments-Präsidium."

Was soll ich lange diskutieren? Janina hatte **nicht ein Wort** meiner poli-

tischen Philosophie verstanden, mein Schimpfen gegen die "Räuber aus der Politik" wohl nur für einen gelungenen Wahlkampftrick gehalten. Siegerist. Der Deutsche in Lettland. Der einzige Deutsche im lettischen Parlament. Der war taktisch eben besser als die anderen Funktionäre aus der Sowjetzeit. **Bestenfalls** mit diesem Etikett konnte ich rechnen. Damals – Anfang der "Neunziger". Die "einfachen" Menschen mußten es gespürt haben, daß es mir mit meinen Angriffen ernst war und ich glaubte, was ich sagte. Aber die Politiker?
Janina war noch eine der Besten von allen gewählten Abgeordneten der "Siegerist-Partei". Andere verkauften ihre Stimmen wie Huren ihren Körper. Selbstbedienungsladen Politik – dazu der im Sowjetgeist erzogene Mensch. Eine perfekte Mischung. Natürlich – es ist schon ein wenig anders bei uns in Deutschland. Aber wirklich total anders? In den Ländern des ehemaligen Ostblocks stehlen die Politiker schamlos. Im Westen – auch bei uns in Deutschland – wird der Griff in die Kasse durch gesetzlich geregelte Diäten und "Pensions-Ansprüche" nur optisch besser vermarktet. Aber ist es nicht auch so etwas wie Diebstahl, wenn viele Politiker sich wie Mafia-Bosse aus der Staatskasse bedienen und Gehälter oder Pensionen einstreichen, für die normal arbeitende Menschen (was die Pensionen betrifft) 500 (Jahre) Berufsleben mit Beitragszahlung auf dem Buckel haben müßten? Die Selbstbedienung aus der Staatskasse ist ein Skandal. Die öffentlich-rechtlichen Medien schweigen. Deren Vertreter gehen ja auf gleichen Wegen. Und die Gewerkschafts-Bosse und andere "Eliten" unseres Landes? Das Buch von Peter Helmes gibt gute Antworten auf diese Fragen.

Joachim Siegerist

Zur Einleitung: Von Rindviechern und Göttern

Der übliche Griff zum "Duden" half diesmal nicht. Kein Eintrag zum Begriff "Abzocker"; auch "Abkassierer" oder "Absahner" kennt der Duden nicht. Ob nicht sein kann, was nicht sein darf? Allerdings, das "Duden-Bedeutungswörterbuch" brachte mich weiter. Demnach bedeutet absahnen: *"...machen, daß man anläßlich einer sich bietenden Gelegenheit in den Besitz von reichlich viel Geld kommt bzw. jemanden um sein Geld bringt."* Voilà, das ist´s!

Und mit dieser Interpretation sollen im folgenden diejenigen vorgestellt werden, denen es gelungen ist, bei jeder sich bietenden Gelegenheit *"reichlich viel Geld"* zu scheffeln. Dies trifft Große und Kleine; denn es soll dargestellt werden, wie einige Damen und Herren unserer Gesellschaft zu Geld gekommen sind, das sie "eigentlich" mit eigener Hände Arbeit in dieser Höhe gewiß nicht verdient hätten. So finden sich Politiker neben Gewerkschaftsbossen, kleine Profiteure neben Groß-Absahnern. Es kam mir bei der Auswahl nicht auf die absolute Höhe der Summen an - es gibt in Deutschland eine Unmenge von Höchstverdienern -, sondern darauf, auf welch oft verschlungenen Wegen jemand seine Einkünfte über das normale Maß hochschrauben kann. Wobei konservative Werte - wie Anstand und Sitte - zumeist auf der Strecke bleiben. Schamlosigkeit feiert Konjunktur. Vieles ist den vorgestellten Personen gemein: Eigennutz hat bei ihnen offenbar einen höheren Stellenwert denn Gemeinnutz, auch wenn er zuweilen unter dem Tarnnamen "Gemeinnützigkeit" daherkommt.
Genug der Vorrede. Was ist denn daran so anstößig, daß jemand sich die Taschen vollstopft - solange es legal ist? Und genau das ist der Punkt!

Zumeist ist das beschriebene Geldschröpfen ganz legal. Wie man am Beispiel diverser Politiker oder Gewerkschafter sehen kann, liegt das Anstößige (meist) nicht in der Tatsache des Geldschöpfens an sich. Was stört, was die Bürger zunehmend erzürnt, ist die Unbekümmertheit, ja oft Unverfrorenheit, mit der "Kohle gemacht" wird - häufig mit dem Hinweis auf den Gesetzgeber, der dies alles erlaubt habe oder gar erst ermögliche. Im selben Atemzug genieren sich die Volksvertreter, die diese Gesetze selbst formulieren, überhaupt nicht, die Bürger zu mehr Sparsamkeit aufzurufen, bei den sozial Unterprivilegierten finanzielle Streichorgien abzuhalten oder Gesetze zu beschließen, die mittelständische Unternehmer - die eigentlichen Wohlstandsgaranten - scharenweise in den Ruin treiben. Gewerkschaftsbosse, die vor den Werkstoren und in Sonntagsreden "die Rechte des kleinen Mannes" einklagen, erhöhen sich ohne Scham die ohnehin stattlichen Gehälter um 50 oder 60 Prozent und streichen zusätzlich fürstliche Aufsichtsrats-Tantiemen ein. Alles legal, selbstverständlich.

Aber auch manche Manager, denen man zumindest eine gewisse Ethik und Verantwortung unterstellen sollte, gehen hemmungslos über Leichen, um den eigenen Profit zu mehren - was an einigen Beispielen belegt werden soll.

Zur Klarstellung: Diese Publikation ist keine Generalabrechnung gegen Unternehmer, Gewerkschafter oder Politiker. Es sollen aber die herausgehoben werden, die das Maß des Erträglichen bei weitem überschritten haben - ungeachtet der Person und erst recht ungeachtet ihres parteipolitischen Hintergrundes. Bei meinen Recherchen konnte ich glücklicherweise auf eine Reihe von Veröffentlichungen des "Bundes der Steuerzahler" zugreifen, der unermüdlich gegen die Selbstbedienung

der politischen Klasse angeht. Hilfreich war auch das Nachschlagen in den zahlreichen Büchern des Parteien-Kritikers Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; die entsprechenden Zitate weisen jeweils die Quellenangabe auf. Von Arnim beschreibt klar und deutlich den Kern des Problems:

"...Eine Hauptthese (...) geht dahin, daß Politiker nicht nur an das Gemeinwohl denken, sondern auch an sich selbst, und im Kollisionsfall meist ihren eigenen Interessen Vorrang geben. Diese Einstellung mag bis zu einem gewissen Grad menschlich sein, und sie wäre vielleicht auch gar nicht so schlimm, gäbe es jemanden, der unsere Politiker wirksam unter Kontrolle hielte. Doch genau daran fehlt es: Die politische Klasse stellt die Regeln des Erwerbs von Macht, Posten und Geld ja selbst auf und verfügt damit - als einzige Berufsgruppe überhaupt - über die Bedingungen der eigenen Existenz (...). Die Eigeninteressen der Politiker können sich nur deshalb weitgehend unkontrolliert entfalten, weil das Volk entmachtet ist. Der Allmacht der politischen Klasse entspricht die Ohnmacht der Bürger..."(1)

Mit anderen Worten: Politiker entscheiden selbst über die Zahl ihrer Stellen in den Parlamenten, über ihre Entlohnung und über ihre Altersversorgung. Wen wundert es da, daß sie sich kräftig selbst bedienen? Und so hat das Thema "Vergütung und Versorgung der Politiker" immer wieder Konjunktur. Sie erhöhen sich die Diäten nach Gutdünken, sie dürfen Nebentätigkeiten ausüben, wie sie wollen - und das alles ohne effektive Kontrolle. Da gibt es in den Parlamenten und Regierungen - neben "Einfach-Verdienern" - auch Doppel- und Mehrfach-Verdiener, mit zusätzlichen steuerfreien "Kostenpauschalen". Ihre Pensionsansprüche erreichen astronomische Höhen, für deren Erreichen

ein Arbeiter oder Angestellter mehrere hundert Jahre arbeiten müßte. Natürlich hilft keine Neid-Diskussion; Ehre, wem Ehre gebührt. Neid verdrängt nicht das Übel an sich, sondern verstärkt es. Aber Klarheit muß herrschen. Es geht um die notwendige Diskussion der Angemessenheit. Das ist nur vordergründig eine Auseinandersetzung um Geld. Es geht um etwas, das verlorengegangen scheint: Um politischen Anstand und Moral. Wenn z. B. Deutschlands größter Schuldenmacher, Finanzminister Eichel, schon jetzt mehr als 11.000 Euro monatlichen Pensionsanspruch anhäuft, dann läßt sich auf diesem sanften Polster getrost weiter Schulden machen, während die ganz große Mehrheit der Steuerzahler - auf ohnehin niedrigem Niveau - auf Rentenzuwächse verzichten muß. Derselbe Finanzminister, der den Bürgern einredet, sie müßten den Gürtel enger schnallen, denkt nicht im Traum daran, den eigenen finanziellen Hüftspeck auch nur einen Millimeter zu reduzieren. Das ist es, was ich mit "unmoralisch" meine: Sie predigen Wasser und saufen Schampus bis zum Abwinken.
Frei nach der Devise: Dem Rindvieh ist nichts, den Göttern aber alles erlaubt - ein Übel der politischen Klasse, das schon den alten Römern bekannt war ("quod libet Jovi, non licet bovi").

Peter Helmes
im Oktober 2004

1

Die politische Extra-Klasse

Rund 10.000 Personen kann man allgemein zur politischen Führungsschicht unseres Landes zählen: Der Deutsche Bundestag und die Landtage kommen zusammen auf rd. 2.800 Abgeordnete. Zusätzlich stellen Bundesregierung und die Landesregierungen im Durchschnitt etwa 220 - 240 Minister und Parlamentarische Staatssekretäre, die meist gleichzeitig auch Abgeordnete sind. Zählt man die rd. 900 "Politischen Beamten" und die 6.500 - 7.000 hauptberuflichen Kommunalpolitiker hinzu, so ergibt dies die runde Summe von 10.000 Personen, die mehr oder weniger von der Politik leben. (Nicht berücksichtigt sind die etwa 6.000 Beschäftigten von Bundestagsabgeordneten, Fraktionen und Parteistiftungen; denn sie genießen in aller Regel nicht die Privilegien der Führungsschicht.)

Diese "Oberen Zehntausend" der Politik sind mit Privilegien reich gesegnet. Der schon erwähnte Parteikritiker von Arnim schrieb bereits 1993 dazu: *"Vor den Augen der Öffentlichkeit gut getarnt, hat sich die politische Klasse finanzielle Privilegien von teilweise unglaublichem Umfang genehmigt. (...) In den Aufwandsentschädigungen, Übergangsgeldern, Ruhestandsgehältern und sonstigen Versorgungsregelungen besteht der eigentliche Skandal."*

Üppige Bezüge aller Art scheinen als naturgegeben und bewirken eine zunehmende Entfremdung von den allgemeinen Lebensumständen der Bürger. Doch die wackeren Politiker scheint dies nicht anzufechten. Der

Zorn des kleinen Mannes wird eher belächelt und als Sozialneid abgetan. Aber dieser "kleine Mann" hat recht; denn er hat ein sehr natürliches Gespür für Unausgewogenheit und Geschmacklosigkeit. Deutlicher: 40 % der Bürgerinnen und Bürger haben es ganz offensichtlich satt, mit ihrer Stimme den Volksvertretern das Mandat zu geben, das ihnen dann die Erfüllung ihrer Diäten-Wünsche erlaubt. Sie gehen einfach nicht (mehr) zu den Wahlen. Die Politiker sollten diesen wenn auch stummen Protest ernster nehmen und darüber nachdenken, wie die Balance zwischen angemessenen Ansprüchen und Volksverbundenheit wiederhergestellt werden kann. Nur so bleiben sie wirkliche "Volks-Vertreter". Wobei mahnend darauf hinzuweisen ist, daß die "Leistung" der Politik(er) gerade in den letzten Jahren eher zu bürokratischer Inflexibilität und mangelnder Reformfähigkeit unseres Landes geführt hat. "Leistung muß sich lohnen", lautete einmal ein Wahlkampfspruch der CDU. Aber *gutes Geld für schlechte Leistung* hatten wir darunter nicht verstanden.

2

Die Mär von der "Diät"

Vornehm und zurückhaltend sprechen Abgeordnete, geht es um ihre Bezüge, von "Diäten" - was vordergründig nach "mager" klingt. Weit gefehlt; denn diese Diäten sind an sich schon recht fett, aber nur ein Teil der Gesamtbezüge. Es kommen nämlich weitere, zum Teil kräftige Zusatzleistungen hinzu - und besonders deutlich werden diese Mehrfachvergütungen bei Regierungsmitgliedern:

2.1. ***Die steuerfreie Dienstaufwands-Pauschale*** der Regierungsmitglieder. Sie wird gezahlt, obwohl die Regierenden kaum noch Aufwand haben. Ihnen stehen kostenlose Bahnfahrten und Flüge, Hotelaufenthalte, Büros und Dienstwagen zur Verfügung. Ein Einzelnachweis, wie ihn jeder Steuerzahler erbringen muß, entfällt.

2.2. ***Die steuerfreie Kosten-Pauschale*** für Abgeordnete - ohne Einzelkostennachweis. Sie beträgt derzeit 42.600 Euro pro Jahr (3.551 Euro pro Monat). So stieg z. B. zum 01. Januar 2004 die "Pauschale für Sachleistungen" - wie Briefpapier, Laptops und Handykosten - von 6.300 auf 7.000 Euro pro Jahr; zum 01. April 2004 wurde die Mitarbeiter-Pauschale um 750 Euro auf 9.729 Euro erhöht. Die steuerfreie Kostenpauschale erhält auch ein Regierungsmitglied, sofern es zusätzlich Abgeordneter ist - was den Regelfall darstellt. Die steuerfreie Kostenpauschale wird auf jeden Fall gezahlt, egal wie hoch der mandatsbedingte Aufwand eines Abgeordneten ist. Es darf bezweifelt werden, daß ein Minister oder Staatssekretär, der als solcher ja schon eine

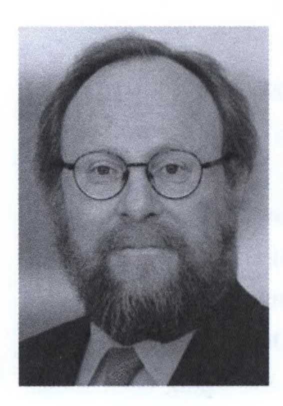
genügende Dienstaufwandspauschale erhält, noch zusätzlichen Kostenaufwand hat, die diese "Kostenpauschale" rechtfertigen würde.

2.3. ***Die Abgeordneten-Diät*** (steuerpflichtig), derzeit 7.009 Euro. Ist ein Regierungsmitglied zugleich Abgeordneter, erhält er einen großen Teil der Diäten zusätzlich zu seiner Vergütung als Minister oder Staatssekretär. Von Arnim nennt dies zutreffend "Schatteneinkommen". Und ganz nebenbei stellt sich die Frage, wie ein Minister, der schließlich einen Vollzeit-Job ausübt, gleichzeitig auch noch sein Abgeordneten-Mandat ordnungsgemäß wahrnehmen kann. Bundeskanzler Schröder z. B. ist nicht nur Kanzler, sondern auch Bundestagsabgeordneter. Damit erhält er neben seinem Amtsgehalt von rund 200.000 Euro (17.074,50 Euro pro Monat) auch die Mandatsvergütung von rd. 130.000 Euro, so daß sein Gesamteinkommen mal eben 330.000 Euro jährlich beträgt - weit höher als die des Präsidenten der USA. Und dieses Vergütungssystem zieht sich durch über die Bundesminister bis zu den Parlamentarischen Staatssekretären. Minister, so sie auch Parlaments-Mitglied sind - und das sind fast alle -, erhalten ein Amtsgehalt von jährlich rd. 160.000 Euro, das Schatteneinkommen beträgt weitere rd. 110.000 Euro, zusammen also stattliche 270.000 Euro. Parlamentarische Staatssekretäre: Amtsgehalt (Bund) rd. 120.000 Euro, Schatteneinkommen rd. 110.000 Euro, insgesamt also 230.000 Euro.

In einigen Bundesländern ist es nicht anders. Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber kommt auf ein Gehalt von rd. 160.000 Euro, dazu Schatteneinkommen aus Landtagsmandat: 110.000 Euro. Stoiber verfügt also über 270.000 Euro jährlich. Der nordrhein-westfälische Kollege Steinbrück steht dem kaum nach.

Hierzu gibt es eine - wäre die Sache nicht so ernst - amüsante Geschichte: Als der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) noch einfacher Landtagsabgeordneter war, erklärte er zu diesem Thema (siehe Landtags-Protokoll, 10. Wahlperiode, am 13.10.1993): *"Wer in diesem Land eine Ministertätigkeit ausübt, fällt für die Arbeit in diesem Parlament aus. Ich kenne keinen Minister dieser und vorhergehender Landesregierungen, der in diesem Parlament noch Abgeordnetenpflichten wahrgenommen hat. Wenn das so ist, dann gibt es auch keine Begründung dafür, daß dann noch Bezüge gezahlt werden."* Sechs Jahre später wurde Peter Müller Ministerpräsident des Saarlandes und hat tatsächlich dafür gesorgt, daß der Landtag die Diäten der Regierungsmitglieder aus einem Abgeordnetenmandat abgeschafft hat. Aber: Zur Überraschung aller blieb jedoch die Kostenpauschale unangetastet, obwohl gerade diese Müller früher als "ungerechtfertigt" gebrandmarkt hatte. Eigentlich unfaßbar!

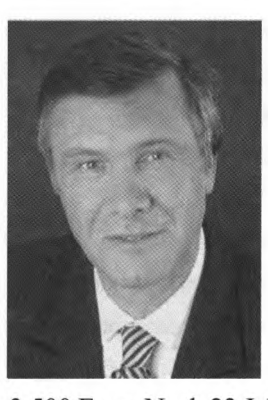
Einige Abgeordnete bekommen die Diäten doppelt. Dem Bundestagspräsidenten steht die doppelte Diät zu, seine fünf Stellvertreter erhalten einen Zuschlag von 50 Prozent.



Bundestagspräsident THIERSE kassiert die doppelte Diät: 14.018 Euro

Gleiches gilt für die Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag: Auch sie erhalten die doppelte Diät (mindestens 14.018 Euro). So kommt der FDP-Fraktionsvorsitzende Gerhard auf schlappe 17.600 Euro im Monat. Ähnlich hoch sind dementsprechend die Bezüge von Frau Merkel

(CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende) und Franz Müntefering (SPD-Fraktion). Und neben ihrem "Büro" - mit entsprechendem Stab - als Fraktionsvorsitzende unterhalten sie, d.h. der Steuerzahler, in der Regel auch noch ein zusätzliches Büro als Abgeordnete.



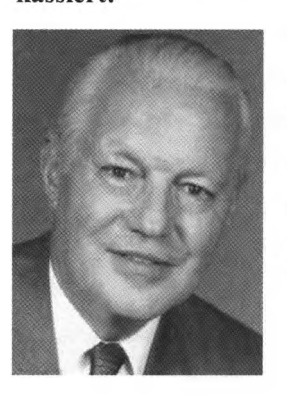
FDP-Fraktions-vorsitzender GERHARD kassiert die doppelte Diät: 17.600 EUR

2.4. ***Die Rentenregelung der Bundesminister***. Ein Durchschnittsrentner muß etwa 45 Jahre "kleben", um auf eine Rente von rd. 1.100 Euro zu kommen. Ganz anders die Bundesminister: Sie haben bereits nach vier (!) Jahren Amtszeit Anspruch auf eine stattliche Altersversorgung, rd. 3.500 Euro. Nach 23 Jahren Amtszeit sind es dann schon rd. 9.000 Euro. In Nordrhein-Westfalen gar haben Minister nach nur vier Jahren Amtszeit einen Rentenanspruch von rd. 8.000 Euro. Wohlgemerkt, dies sind die Ansprüche aus Ministertätigkeit. Zumeist kommen noch separat die Ansprüche aus der Abgeordnetenzeit hinzu - auch wenn sie hier und da teilweise gegengerechnet werden. Und für alle diese Damen und Herren gibt es noch eine schöne Zusatzbescherung: Sie erhalten ihre Rente bereits mit 55 Jahren - der gemeine Bürger erst mit 65 Jahren. (siehe auch Kapitel 6, Seite 36)

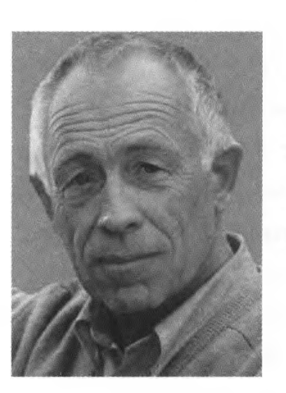
2.5. **Die Übergangsgelder**. Wer aus einem Regierungsamt ausscheidet, erhält für mindestens 1 Jahr ein "Übergangsgeld", meist in Höhe seines bisherigen Gehaltes oder zumindest einem hohen Prozentsatz davon, unabhängig davon, ob er einen neuen Job ergreift und selbst dann, wenn er in Rente geht. So hatte Rudolf Scharping nach seiner

Entlassung als Bundesverteidigungsminister in den drei Folgemonaten einen Anspruch auf 12.520 Euro Übergangsgeld. Da er kurz darauf 55 Jahre alt wurde (Dezember 2002) und Mitglied des Bundestages blieb, hatte er danach einen Pensionsanspruch von rd. 8.000 Euro - inklusive seines Pensionsanspruches von 3.725 Euro aus seiner Zeit als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Dies muß jeden Arbeitnehmer, der arbeitslos wird und damit höchstens 60 Prozent seines bisherigen Netto-Einkommens für maximal 12 Monate erhält, in Rage bringen.

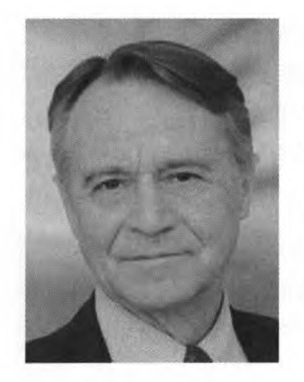
Besonders üppige Übergangsgelder und Pensionen haben z.B. kassiert:



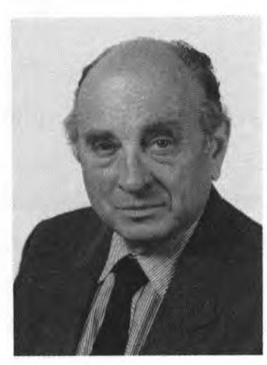
Gerhard Stoltenberg † (CDU), ehemals Ministerpräsident in Schleswig-Holstein und ehem. Bundes-Finanz- und Verteidigungsminister, erhielt rd. 850.000 DM an Übergangsgeld und Pension.



Heiner Geissler (CDU), ehemals Sozialminister in Rheinland-Pfalz, MdB und Bundes-Gesundheitsminister, erreicht mehr als 500.000 Euro



Ulrich Klose (SPD), ehem. Erster Bürgermeister von Hamburg, MdB und Bundestagsvizepräsident, kam auf 200.000 DM Übergangsgeld und verdient monatlich rd. 12.000 Euro (vorher 24.500 DM aus Bundestagsdiäten und Bürgermeisterpension).



Otto Graf Lambsdorff (FDP), ehem. MdB und Bundeswirtschaftsminister, bringt es auf über 400.000 Euro Übergangsgeld und Pension.

Aus dem Bundestag ausscheidende Abgeordnete haben für jedes Mandatsjahr Anspruch auf 1 Monat Übergangsgeld in Höhe der Diät von derzeit 7.009 Euro. Das Übergangsgeld für ehemalige Abgeordnete wird maximal 18 Monate lang gezahlt (= 126.162 Euro), was bedeutet, daß ein ehemaliger Abgeordneter bis zu eineinhalb Jahre weiterhin 100 Prozent seiner Abgeordneten-Bezüge erhält. (Ab dem 2. Monat werden allerdings alle Einkünfte aus privater Berufstätigkeit auf das Übergangsgeld angerechnet.)

2.6. **Die Altersversorgung der Abgeordneten**. Bundestagsabgeordnete erhalten nach achtjähriger Parlamentszugehörigkeit einen

Pensionsanspruch von derzeit 1.682 Euro, nach 23 Jahren im Parlament bereits 4.836 Euro, wozu sie keinen Pfennig aus der eigenen Tasche bezahlen mußten. Ein Durchschnittsverdiener müßte, um eine Rente in eben dieser Höhe zu erhalten, 187 Jahre arbeiten und Beiträge an die Rentenversicherung zahlen. Dieser Durchschnittsrentner kann seinen Rentenanspruch aber im Normalfall erst mit 65 Jahren verwirklichen; die Abgeordneten des Bundestages haben aber schon im zarten Alter von 55 Jahren ihren Rentenanspruch. Ein Vergleich, den Prof. von Arnim angestellt hat, macht das Übel deutlich:

➡ "Das Einkommen eines Bundesministers ist fünfmal so hoch wie das eines durchschnittlichen Arbeitnehmers; er erwirbt pro Jahr aber eine bis zu 35-fache Versorgung. Deshalb erhält ein Bundesminister schon nach eindreiviertel Jahren Amtszeit eine höhere Versorgung als ein durchschnittlicher Arbeitnehmer in seinem gesamten Berufsleben.

➡ Ein Bundestagsabgeordneter bezieht ein dreifach so hohes Einkommen wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmer; er erwirbt aber pro Jahr eine bis zu 11-mal so hohe Versorgung.

➡ Die Überversorgung wird auf die Spitze getrieben bei Ministern, die gleichzeitig Abgeordnete sind und deshalb zwei Pensionen erhalten, die oft nicht oder nur teilweise verrechnet werden. Beide Ansprüche sind für sich genommen schon überzogen, und nun werden sie auch noch addiert. Ein Beispiel ist Claudia Nolte, MdB. Sie war vier Jahre Familienministerin im Kabinett Kohl. Mit 55 Jahren stehen der heute 36-jährigen schon jetzt 3.700 Euro Ministerpension zu, mit 61 Jahren zusätzlich rund 2.500 Euro Abgeordnetenpension, die von Jahr zu Jahr dynamisch steigen. Normalbürger müßten dafür 239 Jahre arbeiten." (2)

Die Ungleichheit der Altersversorgungs-Ansprüche zwischen "Standard-Rentnern" und den Politikern macht die folgende Übersicht auf drastische Weise deutlich:

Höhe der monatlichen Rentenansprüche in Euro

- Standard-Rentner West, nach 45 Jahren	1.082
- Polizeibeamter (A 9), nach 35 Jahren	1.946
- Lehrer (A 13), nach 35 Jahren	2.813
- Bundestagsabgeordnete, nach 8 Jahren	1.682
nach 23 Jahren	4.836
- Bundesminister, nach 5 Jahren	4.038
(evtl. plus MdB-Versorgung)	
nach 20 Jahren	9.615

(Quelle: dpa, 31.10.2003)

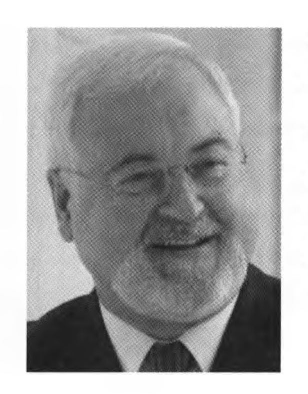
2.7. ***Das Weihnachtsgeld.*** Ehemalige Bundesminister erhalten, als ob sie noch im Amt wären, ein Weihnachtsgeld. So wurde z. B. Walter Riester Weihnachten 2002 für den Verlust seines Ministeramtes mit 14.274 Euro "getröstet". Seine Leidensgenossin Christine Bergmann (ehem. Familienministerin) erhielt auf ihre Pension und ihr Überbrükkungsgeld ein Weihnachtsgeld von 16.207 Euro - eine schöne Bescherung.

Walter Riester (SPD): 14.274 Euro Weihnachtsgeld

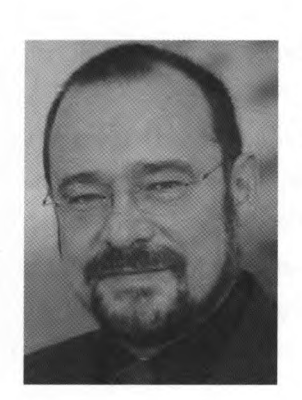


Christine Bergamnn (SPD): 16.207 Euro Weihnachtsgeld

2.8. ***Doppelversorgung Abgeordnete - private Bezüge.*** Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt können viele Abgeordnete ihre Diäten durch "private Zusatzeinkommen" aufbessern: Sie "verkaufen" sozusagen ihren politischen Einfluß an Privatunternehmen oder Unternehmen der öffentlichen Hand. Es gibt keine Obergrenze bei "Zuwendungen" von Unternehmen. Honorare, Beraterverträge u.ä. unterliegen nicht der Einkommensteuerpflicht, sondern der wesentlich niedrigeren Schenkungssteuer. Damit bleibt ein Großteil des Honorars (bis zu 70.000 Euro) steuerfrei, obwohl ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1975 (!) bereits die Zahlung von Lobbygeldern an Abgeordnete verbietet (von Arnim, 1998, 176), da Abgeordnete laut Grundgesetz "Vertreter des ganzen Volkes" seien. Abgeordnete können also ihre private Tätigkeit fortsetzen, ohne daß ihre Abgeordnetenvergütung eingeschränkt wird. Mehr noch, viele Abgeordnete sind als Lobbyisten oder Berater für ein Unternehmen oder einen Verband tätig und nutzen dort zumeist eigene Büros und "Apparate" - was sie nicht hindert, trotzdem die "Kostenpauschale" des Bundestages zu kassieren. Zum Teil erreichen diese "Nebentätigkeiten" bedenkliche Ausmaße. Einige Beispiele:



Peter-Harry Carstensen (CDU-MdB) sitzt nicht nur im Bundestagsausschuß für Ernährung und Landwirtschaft; er sitzt - welch ein Zufall - zugleich auch im Aufsichtsrat einer der größten Fleisch-Konzerne, der Hamburger CG Nordfleisch AG.



Reinhard Schulz (SPD-MdB) arbeitet im Bundestag an vorderster Front zum Emissionsrechtehandel und zur Kohleverstromung. Gleichzeitig sitzt er im Aufsichtsrat der Lausitzer Braunkohle AG.



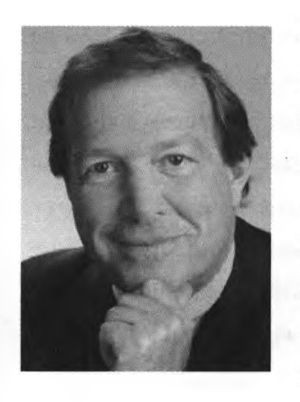
Prof. Dr. Heinz Riesenhuber (CDU-MdB), ehemaliger Forschungsminister, kann sein ministerial erworbenes Wissen gut vermarkten. Er gehört zu den Multi-Beratern, z. B. für Vodafone, Henkel oder Altana AG, und firmiert im Bundestag als "Berater". Dadurch muß er weder seine Auftraggeber veröffentlichen noch beim Bundestagspräsidenten anzeigen.



Christine Scheel, "Grüne"-MdB und Mitglied des einflußreichen Wirtschaftsausschusses, war u.a. Aufsichts- bzw. Beirats-Mitglied bei den großen Versicherungsunternehmen Barmenia und Nürnberger Krankenversicherung. Nach Protesten in der eigenen Fraktion legte sie erst vor wenigen Wochen die Mandate nieder.



Rainer Wend, Vormann der SPD im Wirtschaftsausschuß, war z. B. dafür zuständig, einen Auftrag der Bundesagentur für Arbeit an die Beraterfirma WMP Eurocom in Höhe von 1,3 Millionen Euro zu begutachten. Und genau bei dieser Firma saß er auch im Aufsichtsrat. Erst nach Aufdecken der vielen Skandale in der Bundesagentur gab Wend den Aufsichtsratssitz bei WMP ab.)



Günther Rexrodt †, FDP-MdB, Mitglied im einflußreichen Haushaltsausschuß, saß in etwa zehn Unternehmensbeiräten - und verteidigte dies auch noch. Zu seinen Auftraggebern gehörten u.a. der Gerling-Konzern oder die PR-Firma WMP Eurocom, für die er gar im Vorstand saß und mit der die Bundesanstalt für Arbeit den umstrittenen Millionen-Berater-Vertrag abgeschlossen hatte, über den u.a. Florian Gerster

gestolpert ist. Interessant auch seine Nebenbeschäftigung als Präsident der deutsch-arabischen Handelsvereinigung "Ghorfa": Diese Organisation wacht darüber, daß bei Exporten in die arabischen Staaten keine Teile aus Israel verwendet werden.

Die Geschäftsführerin von Transparency International, Dagmar Schröder, sieht in den lukrativen Nebentätigkeiten vieler Bundestagsabgeordneter eine Gefahr. Fast alle europäischen Länder würden strengere Maßstäbe anlegen. Durch diese Nebentätigkeiten seinen "Interessenkonflikte und Korruption nicht ausgeschlossen". Frau Schröder schätzt, daß dadurch in Deutschland das Fünf- bis Zehnfache eines Abgeordneten-Gehaltes "hinzuverdient" werde. (3)

2.9. **Die Abgeordneten-Immunität**. Wenn ein Staatsanwalt gegen Abgeordnete ermitteln will, steht er vor hohen Schranken. Ein Normalbürger kann einer staatsanwaltlichen Ermittlung kaum ausweichen. Über Widerspruch entscheidet das Gericht. Aber Volksvertreter in Bund und Ländern genießen ein historisches Privileg: die Immunität. Sie schützt die Abgeordneten vor Verfolgung. Der Aufhebung der Immunität gehen immer sorgfältige Prüfungen des Bundestagspräsidiums etc. voraus, wobei der Kreis der Informanten so groß ist, daß die wichtige Wahrung der Vertraulichkeit oftmals gefährdet ist. Der "Delinquent" kann vorgewarnt werden; Hausdurchsuchungen etc. verlaufen deshalb häufig ergebnislos. *"In einer Zeit, in der die Immunität der Abgeordneten teilweise in Frage gestellt und als Anachronismus sowie in einer parlamentarischen Demokratie als überflüssig angesehen wird, sollten Immunitätsvorschriften und ihre Sonderregelungen nicht noch erweitert werden"*, klagt z. B. der rheinland-pfälzische Generalstaatsanwalt Norbert Weise.(4).

2.10. **Freie Fahrt - Freier Flug**: Die Privilegien dieser Politiker-Kaste bestehen aber nicht nur aus Immunität, Gehältern und Nebenvergütungen, sondern auch in der Möglichkeit einer außerordentlichen privaten Lebensführung. Nahezu alles kann als "dienstlich" deklariert werden. Die Grenzziehung ist äußerst schwierig und verlangt enorme Charakterstärke - sei es bei der Wahl des Dienstwagens oder bei den fast täglichen "Geschäftsessen" der besonderen Klasse. Ständig sozusagen auf Staatskosten zu speisen und zu trinken, ist halt eine Verlockung, der nicht jede(r) widerstehen kann. Zu den besonderen Privilegien gehört auch, daß sie frei mit der Deutschen Bahn fahren und mit der Lufthansa (innerdeutsch) kostenfrei fliegen dürfen.

3

Die Bundesländer

Die Bundesländer stehen in ihren Abgeordneten-Vergütungen dem Bund kaum nach. Ihr finanzieller Status ist - mit Ausnahme der Stadtstaaten - dem des Bundestages beinahe gleich, obwohl die Aufgaben der Landesparlamente immer weiter zurückgehen.

Beispiel Nordrhein-Westfalen:

Grund-Diät (steuerpflichtig) monatlich	4.807 Euro
allgemeine Kostenpauschale (steuerfrei)	1.206 Euro
Sitzungsgelder (steuerfrei)	302 Euro
Fahrtkostenpauschale (steuerfrei)	879 Euro
monatliche Gesamtvergütung	7.194 Euro

Die Sitzungspflicht beläuft sich im Regelfall auf 1 Woche im Monat abzüglich aller Ferientermine; offizielle Schulferienzeiten sind sitzungsfrei. So ergeben sich 10 Monate Dienst, aber natürlich 12 Monate Diäten. Und nach achtjähriger Zugehörigkeit zum Landtag gibt es einen Rentenanspruch von rd. 1.600 Euro.



Bärbel Höhn (Grüne): 9.570 Euro Pensionsanspruch ab 2005

Absurdes, aber leider reales Beispiel: Verliert z. B. die NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn ("Grüne") bei der Landtagswahl 2005 ihr Mandat und ihr Amt, hat sie einen Anspruch auf 9.570 Euro Pension.

Beispiel Schleswig-Holstein: Mit der Mehrheit von SPD und CDU beschloß der Finanzausschuß des SH-Landtages, Kredite aufzunehmen, um die beschlossene Diätenerhöhung (2003) zu finanzieren. Gegen die Stimmen von FDP und SSW sollten die Diäten zum 01. Juni 2003 von 3.927 auf 5.700 Euro erhöht werden - gegen Wegfall einiger Zulagen. Die Erhöhung hätte 45 % betragen. Aufgrund landesweiter Proteste wird nun doch kein Kredit aufgenommen. Die Mehrkosten der Diäten-Erhöhung (690.000 Euro) werden aus dem Haushalt gezahlt.

Zur besseren Übersicht hier die monatlichen Grundentschädigungen (Diäten), Kostenpauschalen und "Funktionszulagen" in Bund und Bundesländern:

(Stand: Juli 2003)	**Grundentschädigungen** (zu versteuern)	**Allgemeine Kostenpauschale*** (steuerfrei)	**Zulage Parlamentspräsident** (in Prozent von Grund-Diät)	**Zulage stv. Parlamentspräsident** (zusätzlich zur Grund-Diät)	**Zulage Fraktionsvorsitz** (zusätzlich zur Grund-Diät)
Bund	**7.009**	**3.503**	**100 (=doppelte Diät)**	**50**	**100**
Baden-Württemberg	4.557	889	100	50	-
Bayern	5.861	2.724	100	50	-
Berlin	2.952	870	100	50	-
Brandenburg	4.399	872	100	-	100
Bremen	2.485	421	200	100	-
Hamburg	2.224	333	200	100	200
Hessen	6.401	517	50	25	50
Mecklenburg-Vorpommern	3.890	1.098	100	-	100
Niedersachsen	5.403	1.027	100	40	100
Nordrhein-Westfalen	4.907	1.206	100	50	200
Rheinland-Pfalz	4.981	1.125	100	50	100
Saarland	4.429	1.042	100	50	100
Sachsen	4.284	1.161	100	50	100
Sachsen-Anhalt	3.937	997	100	50	-
Schleswig-Holstein	3.927	818	100	50	125
Thüringen	4.318	1.049	100	70	100

* Der Bund, Bayern und Berlin zahlen ihren Abgeordneten einen Einheitsbetrag, der auch Reise-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten pauschal abdecken soll. Die bei den übrigen Ländern genannten Beträge sind Teil-Pauschalen, in denen Fahrtkostenerstattung, Tage- und Übernachtungsgeld nicht enthalten sind. (Quelle: Bund der Steuerzahler)

4

Die Summe aller Übel: 570 Millionen Euro jährlich

Bundes- und Landtagsabgeordnete kosten den Steuerzahler so um die **500 Millionen Euro** pro Jahr. Minister in Bund und Ländern sowie ihre Parlamentarischen Staatssekretäre schlagen mit vielleicht 7**0 Millionen Euro jährlich** zu Buche (davon etwa 30 Mio. an Pensionen). Die Kosten der Spitzenpolitiker in den Kommunen, die z. T. erhebliche Einzelvergütungen erhalten, sind nicht bezifferbar.

Die Unterhaltskosten der "Oberen Zehntausend" der Politik bestehen aber nicht nur aus den eigenen Vergütungen. Jeder Minister oder Staatssekretär zieht einen Rattenschwanz an Sicherheitspersonal, Persönlichen Referenten, Büroleitern, Pressereferenten, Sekretärinnen und Ministerialdirigenten nach sich, die natürlich wiederum Fahrer, Sekretärin oder Aktentaschenträger benötigen - und selbstverständlich auch angemessene Büroräume.

Fachleute schätzen die jährlichen Gesamtkosten des Politik-Apparates auf mehrere Milliarden Euro.

Designer-Möbel

Da fallen die läppischen 14 Millionen Euro für die Edel-Möblierung der Neubauten "Jacob-Kaiser-Haus" und "Paul-Löbe-Haus" kaum auf: z. B. 157 Designer-Liegen, Ladenpreis pro Stück 3.500 Euro; 72 Sessel der italienischen Edelmarke Moroso, entworfen vom australischen Designer Marc Newson, Ladenpreis je Sessel 2.070 Euro; 820

Bürostühle der Schweizer Firma Züco, Ladenpreis der Ledermodelle 1.520 Euro (in Stoff 900 Euro). Verärgert hat besonders, daß Möbeldesigner nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Italien, Dänemark und der Schweiz ihre Werke darbieten durften; denn der Deutsche Bundestag will ja schließlich auch "Geschmack" präsentieren - und erweist sich seinem Auftraggeber, dem Volk, gegenüber als schlicht geschmacklos. Der Mittelstandsabgeordnete Hans Michelbach (CSU), einer der wenigen Abgeordneten mit wirtschaftlichem Sachverstand, protestierte: *"Es ist inakzeptabel, daß die Bundestagsverwaltung diese völlig überteuerten Möbel gekauft hat. Bundesfinanzminister Eichel redet vom Sparen, und hier wird das Geld zum Fenster rausgeworfen. Dazu wurden viele Designerstücke in Italien und der Schweiz gekauft. Warum erhalten nicht ausschließlich deutsche Möbelhersteller Aufträge, um unsere öffentlichen Gebäude auszustatten? Viele mittelständische Betriebe hätten sich sicherlich darüber gefreut."* (5)

5

Die umstrittene Parteien-Finanzierung

Die politische Kaste genehmigte sich immer wieder eine durchaus üppige Parteienfinanzierung. Sie ist so großartig, daß die dadurch erworbenen Gelder oftmals den bedeutendsten Teil der Gesamteinnahmen einer Partei ausmachen. Viele kleine Parteien scheinen - trotz erwiesener Aussichtslosigkeit - nur noch deshalb an Wahlen teilzunehmen, um einen Batzen aus der Wahlkampf-Finanzierung zu erhaschen. Denn die Grenzbedingungen, ab wann eine Partei öffentliche Mittel erhalten kann, sind recht niedrig gehalten.

In den §§ 18 und 19 des Parteiengesetzes ist geregelt:
Die Parteien erhalten Mittel als Teilfinanzierung der allgemein ihnen nach dem Grundgesetz obliegenden Tätigkeit. Maßstäbe für die Verteilung der staatlichen Mittel bilden der Erfolg, den eine Partei bei den Wählern bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen erzielt, die Summe ihrer Mitgliedsbeiträge sowie der Umfang der von ihr eingeworbenen Spenden.
Das jährliche Gesamtvolumen staatlicher Mittel, das allen Parteien höchstens ausgezahlt werden darf, beträgt im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Regelung 133 Millionen Euro ("absolute Obergrenze"). Die Parteien erhalten jährlich (!) im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung:

1. 0,70 Euro für jede für ihre jeweilige Liste abgegebene gültige Stimme oder

2. 0,70 Euro für jede für sie in einem Wahl- oder Stimmkreis abgegebene gültige Stimme, wenn in einem Land eine Liste für diese Partei nicht zugelassen war und
3. 0,38 Euro für jeden Euro, den sie als Zuwendung (eingezahlter Mitglieds- oder Mandatsträgerbeitrag oder rechtmäßig erlangte Spende) erhalten haben; dabei werden nur Zuwendungen bis zu 3.300 Euro je natürliche Person berücksichtigt.

Die Parteien erhalten abweichend von 1. und 2. für die von ihnen jeweils erzielten bis zu 4 Millionen gültigen Stimmen 0,85 Euro je Stimme. Und jetzt kommt's:

Anspruch auf staatliche Mittel gemäß 1. und 3. haben Parteien, die nach dem endgültigen Wahlergebnis der jeweils letzten Europa- und Bundestagswahl ***mindestens 0,5 vom Hundert oder einer Landtagswahl 1,0 vom Hundert*** *der für die Listen abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben; für Zahlungen nach 1. bzw. der hiervon abweichenden Regelung (0,85 Euro) muß die Partei diese Voraussetzungen bei der jeweiligen Wahl erfüllen. Anspruch auf die staatlichen Mittel gemäß 2. haben Parteien, die nach dem endgültigen Wahlergebnis 10 vom Hundert der in einem Wahl- oder Stimmkreis abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben. Näheres ist dem Parteiengesetz zu entnehmen....*

Begleitet wird die Parteien-Finanzierung noch durch eine entsprechende Steuergesetzgebung:

Mitgliedsbeiträge und Spenden an politische Parteien werden mit 50 Prozent direkt von der Einkommensteuer abgezogen; die Höchstbeträge

liegen bei 1.650 Euro für Ledige und 3.300 Euro für zusammenveranlagte Ehegatten. Darüber hinausgehende Beträge können zusätzlich bis höchstens 1.650 Euro (Ehegatten 3.300 Euro) als Sonderausgaben geltend gemacht werden.

Falls der geneigte Leser es überlesen haben sollte: Die den Parteien zugute kommende staatliche Unterstützung wurde natürlich von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages einmütig beschlossen. Die politische Kaste bestimmt ihre Staatszuschüsse selbst - wie in einem Selbstbedienungsladen.

Und diese Regelung führt u.a. zu einem skandalösen Ergebnis:

Wie eben erwähnt, werden nach Punkt 3 der "staatlichen Teilfinanzierungsregelung" 0,38 Euro vom Staat für jeden Euro zusätzlich draufgelegt, den die jeweilige Partei aus eingezahlten Mitglieds- **oder Mandatsträgerbeiträgen** erhalten hat. Im Klartext: Von den üppigen Diäten und Zuwendungen, die ein Abgeordneter kassiert, zahlt er in der Regel einen bestimmten Betrag (aus Solidarität oder Liebe) in die Parteikasse. Die Diäten sind staatliche Gelder. Für jeden Euro also, den ein Mandatsträger aus diesen staatlichen Zuwendungen an die Partei weiterleitet, legt der Staat in seiner unendlichen Güte nochmals 0,38 Euro dazu. So finanziert der Staat indirekt nochmals die Parteien.

Und wir alle zahlen das über unsere Steuergroschen. Da wird das Abkassieren zur Methode.

6

Renten-Ansprüche: Einige Beispiele

Wie in Kapitel 2.4. und 2.6 (Seiten 18, 20) dargestellt, steht unseren Politikern eine unglaubliche Altersversorgung zu. Wie skandalös diese ist, ersieht man aus dem Vergleich zu den "einfachen" Arbeitnehmern.

Die durchschnittliche Rente nach vollen 45 Beitragsjahren, die man im Normalfalle erst mit einem Alter von 65 Jahren in Deutschland erreicht, beträgt runde 1.160 Euro; das sind gerade mal 10 % der Rente von Bundespleiteminister Eichel.

Was die Bürger und Bürgerinnen unseres Landes an Rente zu erwarten haben, sind im Vergleich zu dem, was sich die Abgeordneten und Regierenden in unserem Land genehmigen, "Peanuts". Der 32-jährige (!) Abgeordnete Matthias Berninger ("Grüne") z. B., der seit 1994 im Deutschen Bundestag sitzt, ist seit 2001 zusätzlich Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Alles in allem hat er schon jetzt einen Versorgungsanspruch im Alter von 3.188 Euro. Dafür müßte Otto Normalverbraucher 123 Jahre arbeiten. Oder Claudia Nolte, 37 Jahre alt (!): Sie ist seit 1990 CDU-MdB und war unter Helmut Kohl vier Jahre Bundesfamilienministerin. Ihr Anspruch im Alter beträgt bereits heute 6.200 Euro, wofür der "kleine Mann" 257 Jahre arbeiten müßte. Die 34-jährige (!) Abgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin im Umweltministerium, Simone Probst ("Grüne"), hat inzwischen einen Pensionsanspruch von 4.557 Euro. Dafür schuftet Otto N. 176 Jahre

lang – wenn er es denn könnte.

Bei allen diesen Personen steigen natürlich die Versorgungsansprüche, wenn sie weiterhin im Amt bzw. MdB bleiben.

Der folgende, auszugsweise Überblick zeigt das wahre Ausmaß der Überversorgung:

Name/Photo	Einkommen unverrechnet	Altersansprüche unverrechnet	Ab Lebensjahr Anspruch	Gesamtanspruch derzeit - nach Verrechnung
Berninger, Matthias, 31 J., B. 90/Die Grünen	**10.022 € PStS** **3.871 € als MdB**	**1.537 € als PStS** **1.651 € als MdB**	**60** **65**	**3.188 Euro**
Probst, Simone, 34 J. B. 90/Die Grünen	**10.022 € PStS** **3.971 € als MdB**	**2.906 € als PStS** **1.651 € als MdB**	**55** **65**	**4.557 Euro**
Bury. Hans M. 36 J., SPD	**9.935 € PStS** **3.897 € MdB**	**1.987 € als PStS** **2.478 € als MdB**	**55** **61**	**4.465 Euro**

NAME/PHOTO	EINKOMMEN UNVERRECHNET	ALTERSANSPRÜCHE UNVERRECHNET	AB LEBENSJAHR ANSPRUCH	GESAMTANSPRUCH DERZEIT - NACH VERRECHNUNG
Nolte, Claudia 36 J., CDU	6.878 € als MdB	8.301 € als Ministerin 2.476 € als MdB	55 61	6.196 Euro
Kuhn, Fritz 47 J., B.90/Die Grünen	6.878 € als MdB	1.950 € als MdL in Baden-Württ.	56	1.950 Euro
Roth, Claudia 47 J., B. 90/Die Grünen	6.878 € als MdB	2.770 € als MdEP/MdB	62	2.770 Euro
Trittin, Jürgen 48 J., B. 90/Die Grünen	12.820 € als BM 3.439 € als MdB	8.301 € als LM in Niedersachsen 5.000 € als BM	55 55	5.000 Euro

Name/Photo	Einkommen unverrechnet	Altersansprüche unverrechnet	Ab Lebensjahr Anspruch	Gesamtanspruch derzeit - nach Verrechnung
Merkel, Angela 50 J., CDU	6.878 € als MdB + 6.878 € *)	2.476 € als MdB 5.000 € als BM	61 55	7.177 Euro
Schröder, Gerhard 60 J., SPD	15.900 € als BK 3.439 € als MdB	7.016 € als MP 7.791 € als BK 2.107 € als MdL 2.651 € als MdB	55 55 61 63	8.303 Euro
Eichel, Hans 60 J., SPD	12.820 € als BM 3.439 € als MdB	4.911 € als MP 5.925 € als BM 2.190 € als MdL	55 55 55	11.635 Euro
Bodewig, Kurt 47 J., SPD	6.878 € als MdB	2.000 € als Bundesminister	60	2.000 Euro

NAME/PHOTO	EINKOMMEN UNVERRECHNET	ALTERSANSPRÜCHE UNVERRECHNET	AB LEBENSJAHR ANSPRUCH	GESAMTANSPRUCH DERZEIT - NACH VERRECHNUNG
Stolpe, Manfred 66 J., SPD	12.820 € als BM	6.262 € als MP 2.045 € als MdL	55 55	8.307 Euro
Seehofer, Horst 59 J., CSU	6.878 € als MdB + (3.439 €) *)	5.320 € als BM und PStS 4.836 € als MdB	55 55	8.583 Euro
Fischer, Joseph 55 J., B. 90/Die Grünen	12.820 € als BM 3.439 € als MdB	5.218 € als BM 2.651 € als MdB 4.880 € als LM	55 63 55	8.301 Euro
Schlauch, Rezzo 56 J. B. 90/Die Grünen	10.022 € als PStS 3.971 € als MdB	als PSTS noch kein Anspruch 1.892 € als MdB 1.686 € als MdL	64 58	3.578 Euro

Name/Photo	Einkommen unverrechnet	Altersansprüche unverrechnet	Ab Lebensjahr Anspruch	Gesamtanspruch derzeit - nach Verrechnung
Kohl, Helmut Ex-Bundeskanzler			Seine Pension beträgt:	12.800 Euro
Struck, Peter 61 J., SPD	12.820 € als BM 3.439 € als MdB	4.540 € als MdB	55	4.540 Euro
Künast, Renate 49 J., B. 90/Die Grünen	12.820 € als BM 3.439 € als MdB	1.965 € als BM 2.213 € als MdL	55	3.678 Euro

Abkürzungen: BM=Bundesminister, BK=Bundeskanzler, LM=Landesminister, MdEP=Mitglied Europa-Parlament, PStS=Parlam. Staatssekretär.

***) doppelte Diät als Fraktionsvorsitzende**
****) eineinhalbe Diät als stellv. Fraktionsvorsitzende**

7

Die üppige Bundespräsidenten-Regelung: Gesichert auf Lebenszeit

Es ist fast wie zu Zeiten der Feudal-Herrschaft: Einmal Präsident - immer Präsident, zumindest, was die Bezüge angeht. Wer einmal Bundespräsident war (fünf Jahre Amtszeit), behält seine Bezüge - einschließlich vieler "Nebenleistungen" - auf Lebenszeit. Damit steht Deutschland weltweit an der Spitze, mögen wir auch ansonsten überall Schlußlicht sein.

➡ Das Gehalt eines Bundespräsidenten - Amtszeit fünf Jahre - beträgt derzeit 19.177,09 Euro monatlich. Das sind pro Jahr rd. 230.000 Euro.

➡ Selbstverständlich verfügt der Bundespräsident über einen angemessenen Dienstwagen ("S-Klasse"). Die Anschaffungskosten betragen mindestens 70.000 Euro; das sind - auf 5 Jahre umgelegt - pro Jahr etwa 14.000 Euro.

➡ Die Betriebskosten des Dienstwagens betragen (geschätzt) mindestens 15.000 Euro.

➡ Der Fahrer schlägt monatlich (Arbeitgeberkosten) mit mindestens 5.000 Euro zu Buche. Das sind pro Jahr weitere 60.000 Euro.

➡ Hinzu kommt ein(e) Sekretär(in) mit monatlich vielleicht 3.000

Euro; das ergibt im Jahr rd. 40.000 Euro.

➡ Schließlich betreuen den Bundespräsidenten noch "Bodyguards", die Kosten verursachen von mindestens 60.000 Euro.

➡ Und wie immer in solch wichtigen Positionen gibt es mindestens einen persönlichen Referenten, der Jahreskosten verursacht von mind. rd. 60.000 Euro.

➡ und es entstehen selbstverständlich Büro-Kosten, wie Miete, Büro-Material, Telekommunikation und Repräsentation von jährlich vielleicht 50.000 Euro.

Der Bundespräsident, samt Drumherum, kostet den braven Steuerzahler also pro Jahr mindestens, da die Zahlen eher niedrig geschätzt sind, rund: **530.000 Euro**

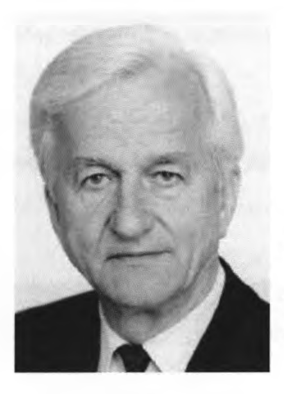
HÄTTEN WIR NOCH DIE GUTE ALTE DM; MÜßTE MAN ALSO FESTSTELLEN, DAß 1 BUNDESPRÄSIDENT UNS PRO JAHR MEHR ALS 1 MILLION DM KOSTET.

Fürwahr ein teures Vergnügen! Und das mal fünf; was bedeutet, daß uns diese Bundespräsidenten-Regelung pro Jahr rund **2,6 Millionen Euro** kostet, also pro Jahr mehr als **5 Millionen DM.**

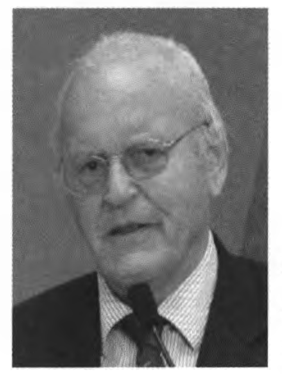
Und dies gilt auf Lebenszeit für den amtierenden und alle (ehemaligen) Bundespräsidenten. Und davon gibt es genügend. Es profitieren von der Regelung zur Zeit:



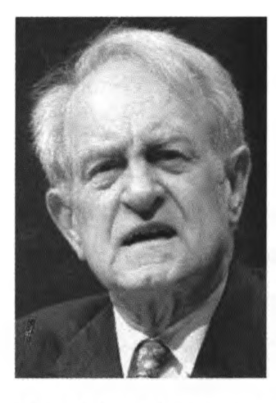
Walter Scheel
Er kostet uns rd. 1 Mio. DM pro Jahr
- auf Lebenszeit! -



Karl-Richard von Weizsäcker
Er kostet uns rd. 1 Mio. DM pro Jahr
- auf Lebenszeit! -



Roman Herzog
Er kostet uns rd. 1 Mio. DM pro Jahr
- auf Lebenszeit! -



Johannes Rau
Er kostet uns rd. 1 Mio. DM pro Jahr
- auf Lebenszeit! -

Der Fairneß halber: Grundsätzlich ist gegen die Bezahlung des amtierenden Bundes-Präsidenten nichts einzuwenden. Er ist immerhin Staatsoberhaupt des größten europäischen Volkes. Aber welche (moralische) Grundlage gibt es für die Regelung, Ex-Präsidenten genauso zu behandeln?

➡ Würde es nicht reichen, wenn diese - wie bei Beamten üblich - 71,75 Prozent ihrer ehemaligen Bezüge als Pension erhielten?

➡ Und könnten sie nicht - was einen hohen Symbolwert hätte - die eingesparten 28,25 % ihrer Pension z. B. in die Rentenversicherung spenden?

➡ Müssen die Ex-Präsidenten einen "Stab" behalten?

➡ Brauchen Ex-Präsidenten eigentlich eine eigene Staatskarosse auf Steuerzahlerkosten?

➡ Wozu braucht es Büroleiter, Sekretärin etc. bei einem Ex-

Präsidenten? Um seine Reisen und Vorträge vorzubereiten, die eher dem persönlichen Ruf denn dem Staate nutzen? Für was braucht der Ex-Präsident, der so gerne "hoch auf dem gelben Wagen" fährt und in Ehren alt geworden ist, noch diese ganze Entourage? Und welchen Segen bringt eigentlich "Bruder Johannes" nach seinem Ausscheiden noch über unser geplagtes Land? Oder: Müssen wir die tiefschürfenden und z. T. unerträglichen Gedanken des Alt-Präsidenten von Weizsäcker, der seine CDU-Mitgliedschaft noch immer ruhen läßt, noch mit so viel Staatsknete belohnen?

Was die Alt-Bundespräsidenten u.a. so umtreibt, ist schon eher amüsant:

➡ ***Walter Scheel***, 85 Jahre alt: Mitglied im Medienrat Berlin/Brandenburg; Mitglied des Verwaltungsrates des Germanischen Museums Nürnberg, Mitglied der Europa-Union, Mitglied im Vorstand des Deutschen Galopper-Verbandes; Aufsichtsrat bei der Thyssen-AG, Aufsichtsrats-Vorsitzender bei der Deutschen Entwicklungsgesellschaft und Ehrenvorsitzender der FDP.

➡ ***Richard von Weizsäcker***, 84 Jahre alt: Mitglied der Unabhängigen Arbeitsgruppe über die Zukunft der Vereinten Nationen; Mitglied der EU-Reform-Kommission; Mitglied des Bergedorfer Gesprächskreises; Mitglied der Mittwochs-Gesellschaft; Internationaler Berater des japanischen Kunstpreises; Mitglied des Inter Action Council - einer Gruppe ehemaliger Staats- und Regierungschefs. Seine Ungebundenheit an die CDU bewies er auch, als ihm SPD-Vorsitzender Schröder die Leitung der Kommissionen Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr und des Kuratoriums Fluthilfe im Wahljahr 2002 anvertraute.

➡ ***Roman Herzog***, 70 Jahre alt: Vorsitzender des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung; Vorsitzender der Stiftung Brandenburger Tor; Vorsitzender der Stiftung Bündnis für Kinder - gegen Gewalt; Mitglied des Kuratoriums zur Vorbereitung der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland und Mitglied des Hochschulrates der Technischen Universität München. Bekannt wurde er auch - nach seinem Ausscheiden als Bundespräsident - als Vorsitzender der Reformkommission der CDU zu den sozialen Sicherungssystemen, als Vorsitzender der CDU-Kommission zu Folgerungen aus der Spendenaffäre 2000, als Leiter des Konvents zur Ausarbeitung einer EU-Grundrechtscharta und als Talkshow-Leiter im Fernsehen.

➡ ***Johannes Rau***, 73 Jahre alt: wartet derzeit auf den Ruf verschiedener Gremien. Nach Presseberichten liegt die Zahl der Anfragen nach Aufgaben und Tätigkeiten "in der Nähe des Vierstelligen". Dazu gehört gewiß auch das Kuratorium der Deutschen Sporthilfe. Auf seiner Homepage gibt er zudem an, sich in Zukunft mehr seinen Hobbies widmen zu wollen: Skat spielen, Witze und Anekdoten erzählen, mit Hund "Scooter" spielen.

Die Einschränkungen des Grundgesetzartikels 55, wonach der Bundespräsident keiner Erwerbstätigkeit nachgehen darf, gelten nicht mehr nach dem Ausscheiden aus dem Amt.

Johannes Rau: "Der Lack ist ab!"

Und was sich so ein Präsident alles einfallen läßt, um dem Bürger auf den Steuersäckel und auf die Nerven zu fallen, zeigt das Beispiel Johannes Rau. Es geht - wieder mal - ums Fliegen; da kennt er sich ja aus. Nach einer Meldung der "Welt" (6) verlangte Bundespräsident Rau von Bundesverteidigungsminister Struck, daß der erste VIP-Airbus der Bundeswehr umlackiert werden sollte, damit unser Staatsoberhaupt nicht mehr mit dem Schriftzug "Luftwaffe" durch die Welt jetten muß. Statt wie seit Jahrzehnten "Luftwaffe" prangt jetzt "Bundesrepublik Deutschland" auf dem präsidialen Fluggerät. Diese Lack-Aktion kostete mal eben 155.000 Euro.

Die Bundeswehr selbst war sauer; denn Gutachter hatten bescheinigt, daß der damalige Lack vollkommen in Ordnung war und nicht erneuert werden mußte. Die routinemäßige Neu-Lackierung des Flugzeuges wäre nach Ansicht der Experten frühestens 2008 nötig gewesen. Zu diesem Zeitpunkt hätte der komplette Anstrich erneuert werden müssen, so daß für die gewünschte Umlackierung keine Mehrkosten entstanden wären.

Rau begründete seinen Lackwunsch mit politischen Zwängen: Er reise auch in Länder, in denen es aus historischen Gründen nicht opportun sei, ein Flugzeug mit der Aufschrift "Luftwaffe" zu nutzen. Dies hatte bisher noch keinen unserer Bundespräsidenten gestört. Thomas Kossendey, CDU-MdB, entrüstete sich zu Recht: *"Während wir uns sonst um jeden Cent im Verteidigungshaushalt streiten, ist es schon verwunderlich, wofür wir alles noch Geld haben."* Dem ist nichts hinzuzufügen.

Zurück zur Versorgung der Bundespräsidenten: Nein, die Regelung ist fragwürdig und eher unberechtigt. Angesichts der finanziellen Misere unserer Staatsfinanzen hätte ich längst den Aufruf ("Ein Ruck durchs Land") zumindest eines der ehemaligen Bundespräsidenten an sich und seine Kollegen erwartet, auf den ganzen Klimbim der einstigen Machtinsignien zu verzichten und die persönlichen Bezüge auf 71,75 Prozent zu verringern. Das täte den Herren gewiß nicht weh, aber es hätte eine hohe symbolische Strahlkraft für das ganze Volk. Wer als Bundespräsident mit solch üppiger Ausstattung tatenlos zusieht, wie den "einfachen" Rentnern Kürzungen zugemutet werden, sollte mit einem guten Beispiel vorangehen. Ich warte.

Und eh ich´s vergesse: Dieser Absatz bezieht sich nur auf die Bezüge und Nebenleistungen aus dem Amte des Bundespräsidenten. Selbstredend kommen die Altersbezüge aus anderen Tätigkeiten noch hinzu, z. B. aus Minister- oder Abgeordneten-Mandaten, z. T. verrechnet - was auf alle derzeitigen Ex-Präsidenten zutrifft. Da wird das staatliche Füllhorn zu einem wahren Wunderhorn.

8

Abkassieren in Europa

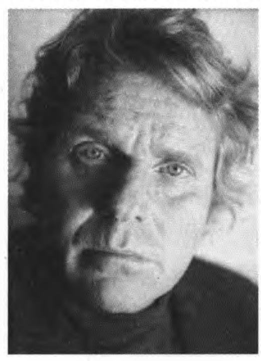
Was den deutschen Bundestags-Abgeordneten recht ist, ist den deutschen Europa-Abgeordneten allemal billig. Auch sie beherrschen das Spiel um Diäten und Zusatzeinkommen, allerdings noch effektiver als die MdB.

Die Abgeordneten des Europa-Parlamentes werden grundsätzlich zwar genauso bezahlt wie ihre Bundestags-Kollegen; sie können aber zusätzlich pauschal sehr großzügig bemessene Reisespesen geltend machen. Abgerechnet wird nach der geltenden Regelung (noch) auf der Basis eines normalen Economy-Ticketpreises, aber ohne Prüfung, ob z. B. ein Billig-Flug genommen wurde.
Während überall in deutschen Landen der Gürtel enger geschnallt werden muß, Renten gekürzt, Betriebsrenten gekündigt und Sozialversicherungs-Beiträge erhöht werden müssen, wird im Europa-Parlament "Kasse gemacht" - so schleichend und verdeckt, daß man auch hier die Frage nach der Moral der Beteiligten stellen muß. Prof. Arnim, BILD-Zeitung und der österreichische EP-Abgeordnete Martin haben zwar Anfang d. J. umstrittene Praktiken aufgedeckt, doch weiß derzeit niemand, ob und wie das soeben neu gewählte Europa-Parlament (EP) diese Praktiken abstellen will. Die deutschen EP-Abgeordneten haben mittlerweile in einer Art Selbstverpflichtung versprochen, in Zukunft nur noch die Kosten abzurechnen, die tatsächlich entstanden sind. Das aber provoziert die Frage: "Ja, wie war das denn vor diesem Gelöbnis?" Und: Diese Selbstverpflichtung ist keineswegs

bindend, solange das EP nicht eine alle verpflichtende Neu-Regelung einführt.

8.1. Die Versorgungsbezüge der Europa-Parlamentarier (MdEP)

Zunächst erhalten die MdEP eine **Grundentschädigung (Diät)**, die den Diäten der National-Parlamente der einzelnen Herkunftsländer entsprechen (siehe Graphik), in Deutschland also wie ein Bundestagsabgeordneter: derzeit 7.009 Euro pro Monat. Ein Fraktionsvorsitzender erhält also auch, wie in Deutschland, die doppelte Diät.



Daniel Cohn-Bendit (die Grünen) kassiert die doppelten Diäten: 14.018 Euro pro Monat plus Zulagen

So unterschiedlich sind die <u>Grund-Diäten</u> der Europa-Parlamentarier:

Land	EURO	Land	EURO
Italien	10.975	Finnland	4.541
Österreich	8.750	Slowenien	4.074
Großbritannien	7.109	Portugal	4.024
Deutschland	7.009	Spanien	3.056
Niederlande	6.467	Polen	2.082
Irland	5.984	Estland	1.496
Belgien	5.668	Tschechien	1.257
Griechenland	5.600	Litauen	1.183
Dänemark	5.555	Malta	1.153
Luxemburg	5.316	Lettland	998
Frankreich	5.206	Slowakei	880
Schweden	4.800	Ungarn	805

8.2. Hinzu kommt für jeden EP-Abgeordneten eine monatliche **Büropauschale** von 3.620 Euro (steuerfrei) und unabhängig von den tatsächlichen Kosten.

8.3. Für **Mitarbeiter** darf jedes MdEP bis 12.305 Euro im Monat pauschal ausgeben. Es wird nicht geprüft, ob damit z. B. auch Familienangehörige unterstützt werden.

8.4. Jedem MdEP steht eine **Entfernungspauschale**, gestaffelt nach Kilometern, zu. Die Pauschale reicht von 109 Euro bei geringer Kilometerzahl zwischen Heimatstadt und Brüssel bis zu 546 Euro maximal bei einer Entfernung über 2.400 km. Diese Pauschale gibt es bis zu zweimal pro Woche (!). Niemand kann prüfen, ob wirklich gereist wurde. Also ein schöner Nebenverdienst - und dazu noch steuerfrei.

8.5. Fährt das MdEP nicht mit dem eigenen Auto, sondern nimmt das Flugzeug nach Brüssel oder Straßburg, so wird das Flugticket auf der Basis des **regulären Flugpreises** gezahlt - unabhängig davon, ob der Flug billiger war. Man muß bei der Abrechnung nur die Bordkarte vorlegen; diese weist aber den Ticketpreis nicht aus.

Die folgenden Beispiele machen deutlich, wie man seine Diät aufbessern kann:

➡ Die Strecke Berlin-Brüssel kostet (Economy) etwa 1.040 Euro. Es gibt aber auch billigere Tickets für rd. 150 Euro.

➡ Die Strecke Athen-Brüssel kostet (Economy) 1.400 Euro. Mit einer Billig-Fluglinie kriegt man das Ticket schon für kaum mehr als 80 Euro.

➡ Die Strecke Rom-Brüssel kostet etwa 1.670 Euro, das entsprechende Billig-Ticket gibt es schon für rd. 200 Euro.

Also wieder ein saftiger Nebenverdienst, der auf diese Wiese möglich wird.

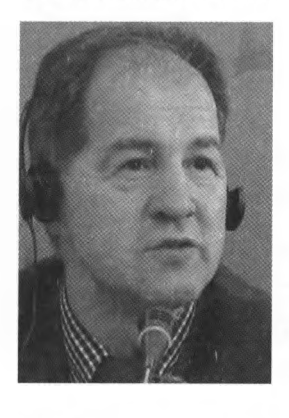
8.6. Für allgemeine Reisen, die ein EP-Abgeordneter in Ausübung seines Mandates wahrnimmt, zahlt das EP eine **Reisekosten-Erstattung** bis zu 3.574 Euro jährlich.

8.7. Am umstrittensten - und lukrativsten - ist die **Tagespauschale**, die derzeit pro Tag / Sitzungswoche 262 Euro beträgt. Lt. Artikel 11 der "Kostenerstattungs- und Vergütungsregelungen des Europa-Parlamentes" stehen den Abgeordneten jeweils diese 262 Euro pro Tag zu, wenn sie an Sitzungen des Parlamentes, der Fraktionen, Ausschüsse usw. oder an offiziellen Reisen teilnehmen.

Kurioserweise gilt dies auch dann, wenn die Damen und Herren des EP Sprach- oder z. B. EDV-Kurse des Parlamentes besuchen. Auch "freie Freitage" zählen dazu, "wenn sie sich bereits am Vortag an einem der üblichen Arbeitsorte aufgehalten haben". Und endet die Sitzungswoche donnerstags, z. B. um 17 Uhr, wird trotzdem am Freitag eine Anwesenheitsliste ausgelegt (= 262 Euro) "für die Abgeordneten, die wegen der Verbindung zu Lande oder in der Luft ihren Wohnsitzstaat nicht erreichen können..."
Alles klar?

8.8. Ein besonderes Ärgernis ist die Tatsache, daß EP-Abgeordnete, die einmal Regierungsmitglieder waren, ihre **Pensionen ungeschmälert**

neben den EP-Bezügen kassieren können. Diese Regelung "trifft" z. B. den ehemaligen saarländischen Umweltminister Jo Leinen (SPD), der somit Minister-Pension und EP-Diät ohne Abzug kassieren kann.



Jo Leinen (SPD)
kann doppelt kassieren:
Ministerpension und Europa-Diäten 14.018 Euro

8.9. Zusammenfassung:

Wenn man die Büro- und Mitarbeiter-Pauschalen rausrechnet, stehen jedem Europa-Parlamentarier also pro Monat mindestens 10.000 Euro zur Verfügung - wobei niemand weiß, wieviel Tagegelder sie abrechnen oder ob sie Billig-Flieger genommen haben, was ein Zusatzbrot bedeutete. 10.000 Euro - eine "runde Sache".

8.10. Abkassieren in Brüssel: Die Wahnsinns-Gehälter der Europa-Beamten

Daß die Beamten in Brüssel - vom einfachsten bis zum Spitzenjob - mehr verdienen als ihre deutschen Kollegen, ist im Prinzip in Ordnung; denn Brüssel ist teuer. Und oft sind die europäischen Beamten so weit weg von der Heimat, daß sie dort eventuelle Aufstiegschancen verpassen. Doch in den letzten Jahren sind die Einkommen der Europa-Beamten so unverhältnismäßig gestiegen, daß viele dieser Europa-

Höflinge inzwischen mehr verdienen als der deutsche Bundeskanzler. Die Frage der Angemessenheit stellt sich nicht mehr; hier wird einfach abkassiert.

Die Verwaltung der EU-Behörden mit etwa 24.000 Beamten kostet den Steuerzahler pro Jahr fast 5 Milliarden (!) Euro - wovon Deutschland allein 1 Milliarde zahlen darf. Nach der amtlichen Gehaltstabelle der EU kassieren die Europäer mehr als doppelt so viel wie die deutschen Kollegen. Weitere Vergünstigungen: Sie zahlen nur 10 Prozent Sozialabgaben und eine wesentlich günstigere EU-Steuer. Beispiele:

➔ Ein Bürobote in Europa kassiert ein Grundgehalt von fast 2.200 Euro im Monat; sein deutscher Kollege kommt auf etwa 1.400 Euro.

➔ Eine alleinerziehende Sekretärin (mit 1 Kind) erhält bei der EU rd. 6.000 Euro Monatsgehalt. Ihre deutsche Kollegin erreicht nicht einmal 2.000 Euro.

➔ Es gibt mehr als 60 Generaldirektoren (dies sind die leitenden Beamten einer Kommission; ungefähr vergleichbar mit einem beamteten Staatssekretär). Das Höchstgehalt eines Generaldirektors beträgt - ohne Zulagen - 16.094,79 Euro. Hinzu kommen (für Nicht-Belgier): eine Auslandszulage von 16 % des Grundgehaltes, eine Familienzulage von 5 %, eine Kinderzulage von 247,86 Euro pro Kind bis zu dessen 26. (!) Geburtstag und eine Erziehungszulage von 221,50 Euro je Kind, das noch zur Schule geht. Ein verheirateter Generaldirektor mit zwei Kindern kommt so auf über 20.000 Euro im Monat - wesentlich mehr, als der deutsche Bundeskanzler verdient - und erst recht wesentlich mehr als ein deutscher Staatssekretär, der rd. 10.350 Euro pro Monat verdient.



EU-Generaldirektor Dr. Alexander Schaub
mindestens 18.500 Euro monatlich



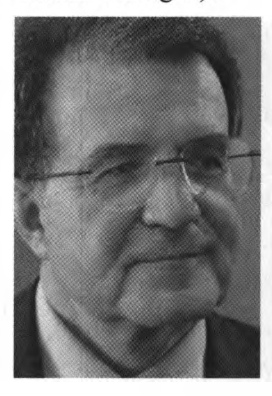
EU-Generaldirektor Horst Reichenbach
mindestens 18.500 Euro monatlich

Besonders pikant: die Löhne im Europäischen Rechnungshof

Die Entlohnung der bisher 15 Mitglieder des Europäischen Rechnungshofes - also des Gremiums, das eigentlich über eine sparsame Haushaltsführung wachen soll - ist fast schon skandalös. Das Grundgehalt der Rechnungshof-Mitglieder beträgt rd. 17.000 Euro monatlich. Hinzu kommen eine 15-prozentige "Residenzzulage" und Familienzuschläge, Kindergeld, Erziehungsbeihilfe - alles zusammen rd. 3.000 Euro. Das ergibt stolze 20.000 Euro pro Monat. Die reichen aber offensichtlich nicht. Denn es kommen noch besondere Privilegien hinzu:

Die Mitglieder des Europäischen Rechnungshofes genießen Diplomaten-Status, können sich im Gastland Luxemburg beim Einkauf die Mehrwertsteuer erstatten lassen und dürfen ihre Oberklasse-Dienstwagen auch für Privatfahrten - selbstverständlich kostenlos - nutzen.

Und zur Abrundung noch einige Grundgehälter in der EU (ohne Zusatzleistungen):





Romano Prodi/ José Barroso, Präsidenten der EU-Kommission 22.211 Euro Grundgehalt plus Zulagen



Günther Verheugen, Vizepräsident EU-Kommission 20.118 Euro Grundgehalt plus Zulagen



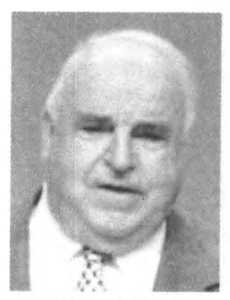
Dr. Hedda von Wedel
Mitglied des Europäischen Rechnungshofes
17.382 Euro Grundgehalt plus "Zugaben"

Bleibt zum Abschluß dieses Kapitels nur noch zu fragen, wer eigentlich diese Gehälter genehmigt bzw. kontrolliert.

9

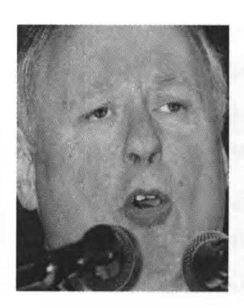
Die Kassen-Meister - Spitze eines Eisberges?

Es gibt sie tatsächlich, die wahren "Kassen-Meister". Sie haben ihre politische Erfahrung während oder nach ihrer Parlaments-Tätigkeit vergoldet. Hier nur einige Beispiele, die es in sich haben:



*Dr. Helmut **Kohl** (CDU) 12.500 Euro Rente, plus...*

Über seine "Politik- und Strategieberatung P&S GmbH" kassierte er von 1999 bis Anfang 2002 lt. Kontrakt mit einer Firma des inzwischen untergegangenen Leo-Kirch-Imperiums 600.000 DM jährlich (7) - neben seiner Abgeordneten-, Ministerpräsidenten- und Bundeskanzler-Pension von rd. 150.000 Euro jährlich (12.500 Euro monatlich) und einem Weihnachtsgeld (2001) von 21.660 DM. Ebenfalls auf der Zahlliste bei Leo Kirch standen Dr. Theo Waigel (CSU) mit 600.000 DM jährlich und Jürgen Möllemann (FDP) mit bis zu 800.000 DM (8).



*Oskar **Lafontaine** (SPD) 8.000 Euro Rente, plus...*

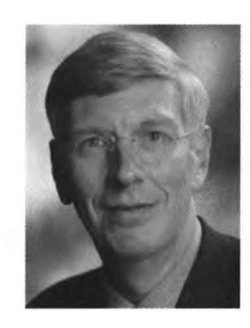
Er warf nach weniger als einem Jahr seinen Job als Bundesfinanzminister hin, bekam aber eine Abfindung (Übergangsgeld) von 106.000 DM und kassiert eine Monatsrente von rd. 16.000 DM / rd. 8.000 Euro (9). Damit nicht genug: Nach einer Meldung des Hamburger Abendblattes (10) for-



Für sein Buch hat Lafontaine ein Honorar von mindestens 1 Million erhalten.

derte Lafontaine für die Teilnahme an einer Podiumsdiskussion der ASU (Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer) 10.000 Euro, schreibt aber frecherdings in einem BILD-Zeitungskommentar, "...die deutsche Wirtschaft lahme, weil die Reichen den Hals nicht vollbekommmen".

Für sein Buch, das er nach seinem Rücktritt schrieb und seinen alten Genossen hinterherwarf, soll er ein Honorar von mindestens 1 Million erhalten haben. Ob er damit sein "kleines Häuschen" bezahlt hat - eine *"Villa im französischen Landhaus-Stil mit speziellen architektonischen Elementen"* (11), auf einem Grundstück von 25.000 qm, entworfen von einem Saarlouiser "Design-Architekturbüro"? In der Runde der Lafontaine´schen Alt-Genossen wird sein Prachtbau spöttig als "Palast der sozialen Gerechtigkeit" bezeichnet.



*Ingo **Wolf**, MdL (FDP): 19.000 Euro pro Monat*

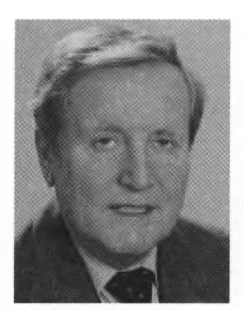
In Anspielung auf den ehemals in Florida wohnenden Sozialhilfe-Ausbeuter "Florida-Rolf" bezeichnete der Grünen-Abgeordnete im NRW-Landtag, Priggen, den Fraktionsvorsitzenden der FDP im Landtag NRW, Ingo Wolf, als "Florida-Wolf". Denn der kassiert ebenso pro Monat heimlich, still und leise: Die dreifache (!)

Landtags-Abgeordneten-Diät (4.807 € x 3 = 14.421 € pro Monat) als Fraktionsvorsitzender, eine Pension (ca. 30.000 Euro pro Jahr) aus seiner Zeit als Oberkreisdirektor (Euskirchen) und eine Entschädigung als FDP-Vorsitzender im Kreistag. Alles zusammen streicht der kleine Wolf somit rd. 19.000 € pro Monat ein - was mehr ist als das Gehalt des Bundeskanzlers. (12)



Josef ***Hollerith*** *(CSU): 750.000 DM Honorar plus MdB-Bezüge*

Noch so´n "Kleiner" scheint nach dem Motto vorgegangen zu sein: "Was den Großen erlaubt ist, sei auch den Kleinen gestattet." Josef Hollerith, Jahrgang 1955, saß von 1990 bis 2002 im Deutschen Bundestag. Dann wurde er nicht mehr nominiert, weil sein "Nebenverdienst" bekannt wurde. Der "brave Josef" war während seiner MdB-Zeit u.a.: - Geschäftsführender Gesellschafter der "Gesellschaft für Unternehmensberatung und Gewerbeförderung mbH" (GfUG) in Anzing, Aufsichtsrat der HTC Autoteile AG, Mühldorf am Inn, Aufsichtsrat der MWG Biotech AG, Ebersberg. Sein Aufsichtsrats-Mandat in der MWG Biotech AG legte er zum 30.11.2002 nieder. Er hatte zwischen Mai 1998 und März 2002 über seine Beratungsfirma GfUG monatlich 10.000 DM kassiert, im Jahre 2001 zusätzlich (!) 280.000 DM. Das waren insgesamt rd. 750.000 DM (383.000 Euro). Nach Auskunft des MWG-Finanzvorstandes Fischer habe es sich "unter anderem um die Vermittlung staatlicher (!) Fördermittel gehandelt". MWG-Aufsichtsratschef Otto Segstetter behauptet, er sei vom Vorstand über die Zahlungen "erst nachträglich informiert worden". Im Hauptberuf ist Segstetter allerdings Vorstand der Ebersberger Kreissparkasse, und dort saß just auch Joseph Hollerith im Verwaltungsrat. (13)



Peter ***Zumkley*** *(SPD): mit Ehefrau im Bundestag: 12.789 Euro pro Monat*

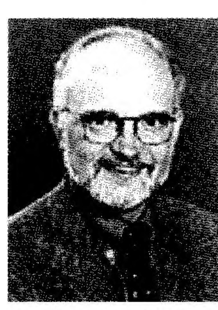
Im Jahre 2001 heiratete der nach 40 J. Erst-Ehe geschiedene langjährige Bundestagsabgeordnete Peter Zumkley wieder. Was die Sache problematisch machte: Seine neue Ehefrau Annegrete war bis dahin - und blieb es auch - seine wissenschaftliche Mitarbeiterin, bezahlt wie eine Ministerialrätin der Besoldungsgruppe A 16 = 5.930 Euro im Monat. Kritikern beschied die neue Frau Zumkley äußerst "spitz": *"Das Geld steht mir zu"*; schließlich sei sie *"Tag und Nacht"* (!) für den Herrn Abgeordneten da. Formaljuristisch in Ordnung, da Bundestagsabgeordnete zwar keine Ehegatten anstellen dürfen, aber ein schon bestehendes Arbeitsverhältnis davon nicht betroffen wird. Und so erfreute sich das Ehepaar Zumkley bis zum Ende der Legislaturperiode (Sept. 2002) eines Monats-Einkommens von 12.789 Euro (6.859 € Diät für ihn und 5.930 € Gehalt für sie). Auf eine erneute Kandidatur für den Bundestag verzichtete Zumkley allerdings, was seine Frau mit den Worten kommentierte: *"Mein Mann ist ein politisches Auslaufmodell."* Dem ist wohl nichts mehr hinzuzufügen.



Florian ***Gerster*** *(SPD): 427.000 Euro Abfindung plus 8.000 Euro Pension monatlich*

Florian Gerster (Kanzler Schröder: "der beste Mann für diesen Job") war nicht einmal zwei Jahre Chef der Bundesanstalt für Arbeit. Für seine aufreibende, aber absolut unzulängliche Tätigkeit in diesem Amt erhielt er 250.000 Euro Jahresgehalt. Sein Vorgänger Bernd Jagoda (CDU) war noch mit fast der Hälfte (130.000 Euro) zufrieden. Als Gerster nicht mehr zu halten war,

entließ man ihn, allerdings nicht "ins Elend": Der 54-jährige Gerster kassiert: - von Februar bis April 2004 sein volles Gehalt, pro Monat 20.833,33 Euro, insgesamt also 62.500 Euro - von Mai 2004 bis März 2007 jeweils ein halbes Monatsgehalt (35 x 10.416,67 € = 364.583,33 €). Das ergibt für die gesamte Zeitspanne, falls Gerster keinen anderen Job annimmt: rd. **427.000 Euro**. Ab April 2007 hat Gerster einen Pensionsanspruch aus Minister- und Abgeordneten-Tätigkeit von rd. **8.000 Euro monatlich.** Die Arbeitslosen lassen grüßen.



*Frank **Bielka** (SPD): Mit einer Unterschrift von 90.000 Euro auf 190.000 Euro Jahresgehalt*

Wie soll man das bezeichnen? "Gipfel der Frechheit? Chuzpe? Unverschämtheit? Schamlosigkeit?" Kein Superlativ reicht aus, um das zu brandmarken, was uns ein anderer Zeitgenosse zur Bewältigung seiner Gehaltsprobleme zumutet: Der Berliner Finanz-Staatssekretär Frank Bielka, 55 Jahre alt, saß noch Anfang 2003 in Aufsichtsräten von vier der sieben städtischen Wohnungsbau-Unternehmen, bei GSW Stadt und Land und bei der Degewo als Aufsichtsrats-Vorsitzender, bei der WBM als AR-Mitglied. Dort wachte er über die Geschäftsführung und sah mit wohl glühenden Augen, daß die Herren Vorstandsmitglieder sehr ordentliche Gehälter einfuhren. Für einen kleinen Staatssekretär eine offene Herausforderung. Doch wie stellt man es an, nicht nur in diesen Kreis vorzudringen, sondern auch noch die Gehälter etwas üppiger zu gestalten? Bielka dachte nach und erfand das Rad neu: Zunächst wurden mit seinem Rat und mit seiner Stimme die Gehälter der amtierenden Wohnungsbau-Manager erhöht - um durchschnittlich 60 Prozent. Dann - Stufe 2 - "bewarb" sich Bielka um den Posten des Vorstandsvorsit-

zenden der Degewo, als Nachfolger von Thies-Martin Brandt, dessen Gehalt mit Bielkas Stimme gerade auf 190.000 € erhöht worden war. Bielka wurde neuer Vorstandsvorsitzender der hochdefizitären Degewo und "veränderte" so sein Gehalt in Sekundenschnelle von bescheidenen 94.000 Euro (als Staatssekretär) auf rd. 190.000 Euro bei der Degewo. Bleibt nachzutragen, daß die staatseigenen Berliner Wohnungsbaubetriebe bei einem Anlagevermögen von 16 Milliarden Euro rd. 10 Milliarden Euro Schulden vor sich her schieben und einen Leerstand von rd. 40.000 Wohnungen "verwalten", wobei sich die Leerstandskosten auf über 500 Millionen Euro und die Mietrückstände auf 156 Millionen Euro summieren. Zur Bewältigung dieser Last ist doch eine solche Gehaltserhöhung gewiß vertretbar. Oder?

10

Volle Taschen - die DGB-Spitzengehälter

Ihren Mitgliedern predigen sie stets Wasser, doch sie selbst saufen lieber Wein. Nein, bescheiden sind sie wirklich nicht, die DGB-Bosse. "Oben" wird draufgesattelt, schamlos das Gehalt erhöht und obendrein Tantieme kassiert. "Unten", bei den kleinen Gewerkschafts-Funktionären, wird aber gekürzt und entlassen, ganz nach alter Kapitalisten-Manier. Der DGB bzw. auch seine Einzelgewerkschaften führen sich als Arbeitgeber schlimmer auf als die von ihnen beschimpften Kapitalisten. Selbst die eigene Gewerkschaft der DGB-Mitarbeiter wird im Hause DGB bekämpft und schikaniert.

Um den Rahmen dieses Kapitels nicht zu sprengen, sei auf die beiden Publikationen des Autors verwiesen: "Macht Kasse Genossen!" (Peter Helmes), Herausgeber: Die Deutschen Konservativen (DDK), 22083 Hamburg, erschienen 2003, und "So macht der DGB den Staat kaputt" (Peter Helmes), erschienen Juni 2004, ebenfalls bei DDK. Sie erfahren alles über die Kassen im DGB, die Organisationsprobleme, den horrenden Mitgliederschwund und die Gehälter; in der neuesten Broschüre werden die Politik des DGB und seine Forderungen analysiert.

Der Öffentlichkeit - aber auch den vielen "kleinen" Mitgliedern und Beitragszahlern der DGB-Gewerkschaften - weitgehend unbekannt sind nicht nur die großzügigen Gehaltsregelungen der Gewerkschaftsbosse, sondern vor allem auch die "Nebeneinnahmen", die meist aus Mitgliedschaften in Aufsichtsräten (AR), Beiräten, Verwaltungsräten

o.ä. stammen und bei einigen höher sind als das ohnehin schon üppige Gehalt. Unter den wichtigen 30 DAX-Unternehmen[1] halten die (externen) Vertreter der DGB-Gewerkschaften allein 54 AR-Positionen:

- ver.di	21	(externe)	Mandate
- IG-Metall	16	"	"
- IG-BCE	14	"	"
- DGB	3	"	"

Diese Aufsichtsrats-Posten sind begehrt und gut bezahlt. Ein AR-Sitz bringt in einem DAX-Unternehmen durchschnittlich 50.000 Euro pro Jahr, bei rd. 6 Sitzungen. In den mitbestimmten Groß-Unternehmen - und dazu gehören die im DAX erfaßten Unternehmen allemal - wird der Aufsichtsrats-Vorsitzende in aller Regel von der Kapitalseite gestellt, der stellvertretende AR-Vorsitzende aber von der Gewerkschaft. Für diese besondere Stellung erhält der AR-Vorsitzende zumeist die doppelte AR-Vergütung, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache.

Als die BILD-Zeitung vor einigen Tagen schrieb: "Wir enthüllen die Gehälter der DGB-Bosse", hat sie schlicht die Nebeneinnahmen der Bosse unterschlagen - oder gar nicht gekannt, was unverzeihlich wäre. Wie der folgende kleine Überblick zeigt, erreichen diese "Nebeneinnahmen" sehr ordentliche Dimensionen. Deshalb hier die Einnahmen der wichtigsten DGB-Gewerkschaftsführer:

1 Der DAX (Deutscher Aktien-Index) gibt den Börsenwert von z.Zt. 30 Groß-Unternehmen in Deutschland wieder (siehe Seite 77–82). Er wird täglich im Wirtschaftsteil der Tageszeitungen veröffentlicht und gilt als "Vorzeige-Marke" der deutschen Wirtschaft. Die nächste Stufe unterhalb des DAX ist der M-Dax und dann der S-Dax; Sonderwerte finden sich im Tec-Dax. Fast alle diese Unternehmen haben einen mitbestimmten Aufsichtsrat, d.h. externe Gewerkschaftsvertreter im AR.

Photo/Name	Gewerkschaft, Funktion	Jahresgehalt Euro/gerundet	AR-Vergütung (o.Ä.) z.Z. geschätzt	Gesamt-Einnahmen p.a.
Bsirske, Frank	ver.di Vorsitzender	152.000	85.000	**237.000**
Engelen-Kefer, Ursula	Stv. DGB-Vorsitzende	134.000	50.000	**184.000**
Hawreliuk, Hans	Abt.Ltr. im Vorstand der IG-Metall	110.000	143.000	**253.000**
Huber, Berthold	Stv. Vorsitzender der IG-Metall	176.000	?	**176.000**
Kahmann, Jan	Stv. Vorsitzender ver.di	138.000	176.000	**314.000**

Photo/Name	Gewerkschaft, Funktion	Jahresgehalt Euro/gerundet	AR-Vergütung (o.Ä.) z.Z. geschätzt	Gesamt-Einnahmen p.a.
Mönig-Raane, Margret	Stv. Vorsitzende ver.di	137.000	151.000	**288.000**
Peters, Jürgen	Vorsitzender IG-Metall	220.000	ca. 100.000 (will von Zwickel übernehmen)	**320.000**
Zwickel, Klaus	Peters Vorgänger	(214.000)	(250.000) z.B. Mannesmann	**(464.000)** in 2000
Sommer, Michael	DGB-Vorsitzender	141.000	26.000	**167.000**
Schulte, Dieter	Sommers Vorgänger	(100.000)	(125.000)	**(225.000)**

Photo/Name	Gewerkschaft, Funktion	Jahresgehalt Euro/gerundet	AR-Vergütung (o.Ä.) z.Z. geschätzt	Gesamt-Einnahmen p.a.
Schmoldt, Hubertus	Vorsitzender IG-BCE (Bergbau, Chemie, Energie)	132.000	266.000	**398.000**
Schößer, Fritz	DGB-Landes-vorsitzender Bayern	100.000	mindestens 6 Mandate plus MdB-Bezüge 100.000	**200.000**
Südhofer, Klaus-Dieter	Stv. Vorsit-zender IG-BCE	110.000	119.000	**229.000**
Wiesehügel, Klaus	Vorsitzender der IG-BAU (Bau, Agrar, Umwelt)	130.000	hält mindestens 7 Mandate; bis 2002 zudem MdB (80.000 €)	**210.000** (bis 2002)

Muß noch erwähnt werden, daß vielen dieser DGB-Bosse ein Dienstwagen der Luxus-Klasse (Audi A 8) mit Chauffeur zusteht? Und daß ihre Pensionsansprüche bis zu 75 Prozent des letzten Gehaltes betragen? Davon kann der (beitragzahlende) Arbeiter nur träumen.

11

Kranke(n) Kassen - doch die Chefs kassieren

Ganz Deutschland stöhnt über steigende Sozialkosten, steigende Sozialabgaben - aber kaum über steigende Chefgehälter bei den Kassen unseres Sozialsystems. Kaum jemand weiß nämlich, was die Bosse der (kranken) Kassen kassieren. Ob Krankenkasse, Rentenversicherung oder Kassenärztliche Vereinigung - sie sind fast alle lahm und fußkrank, aber spitze bei den Einkommen. Und diese Einkommen werden auch noch schamlos erhöht.

Einige Beispiele aus dem Versicherungs- und Krankenkassen-Bereich:

Name	Kasse/Versicherung	Jahresgehalt (Euro)
Ahrens, Hans-Jürgen	Chef des AOK-Bundesverbandes	165.000 plus 33.000 Erfolgsbetlg. **198.000**
Buschmann, Peter	Chef AOK Schleswig-Holstein. (+) Er erhielt von AOK ein Billig-Darlehen über 232.000 Euro zu 5,5-6%, um seine Steuerschulden (!!) zu tilgen.	**150.000 plus** ?(+)
Fiedler, Eckhart	Chef der Barmer Ersatzkasse BEK	**185.000**
Fruschki, Hans-Joachim	Chef der Deutschen Angestellten Krankenkasse DAK	**221.000**

Name	Kasse/Versicherung	Jahresgehalt (Euro)
Klusen, Norbert	Chef der Techniker Kasse	**216.000**
Moldenhauer, Klaus	Vorstandsmitglied DAK	**210.000**
Platzer, Helmut	Chef der AOK Bayern	156.000 plus 48.800 "Erfolgsbetlg." **204.800**
Rebscher, Herbert	Vorstandsmitglied DAK	**210.000**
Rische, Herbert	Präsident der Bundesversicherungsanstalt BfA	**130.901**

Die meisten Kassenvorstände fahren natürlich im Dienstwagen. Ihre Pensionsansprüche betragen bis zu 71,5 Prozent des letzten Gehaltes.

Und hier Beispiele aus dem Bereich der Kassenärztlichen Vereinigungen (KV):

Name	Position in der KV	Jahresgehalt (Euro)	
Baumgärtner,Werner Facharzt f. Allgemein-Medizin	Vorsitzender der KV Nord-Württemberg	125.090 37.200 **162.290**	**plus Bundes-zulage**
Gramsch, Eberhard	Präsident der KV Niedersachsen, erhält eine "Ehrenamts- Entschädigung" in Land und Bund von:	199.000 30.000 **229.000**	**plus Sitzungs-gelder**

Name	Position in der KV	Jahresgehalt (Euro)	
Hansen, Leonhard	Vorsitzender der KV Nordrhein	93.600 62.400 **156.000**	plus Bundes-zulage
Helming, Hans-Joachim	Vorsitzender der KV Brandenburg	33.600 84.000 **117.600**	plus Sitzungs-gelder 2003

Üppige Zusatz-Regelungen bei den Kassenärztlichen Vereinigungen:

Weitere "Zulagen" für die "ehrenamtlich" Tätigen in den KV - schließlich sind alle Vorstände der KV praktizierende Ärzte - kommen i.d.R. hinzu:

1. Sitzungsgelder

Diese Sitzungsgelder liegen - unterschiedlich nach einzelnen KV-Bereichen - zwischen 20 und 500 (!!) Euro pro Sitzungstag. Das ergab im Jahr 2003 z. B. für den KV-Chef in Brandenburg (siehe Liste) stolze 84.000 Euro und für den KV-Chef in Berlin 32.000 Euro.

2. Übergangsentschädigung

Trotz der "ehrenamtlichen" Tätigkeit genehmigen sich die KV-Vertreter Übergangs-Entschädigungen nach Ende der Amtszeit. **Diese Übergangsgelder gibt es bereits nach vier Jahren Vorstands-Tätigkeit.** Die Höhe ist wieder unterschiedlich nach den einzelnen Bezirken bzw. Bereichen. Drei Beispiele belegen die unglaubliche Höhe dieser

Ehrenamts-Übergangsentschädigung, bei der selbst Politiker blaß vor Neid werden:

Das Übergangsgeld beträgt z. B.:

➔	beim Bundesverband der KV	84.800 Euro
➔	bei der KV Niedersachsen	243.600 Euro
➔	bei der KV Nordrhein	187.200 Euro

3. Erstattung für Praxis-Vertreter

Da die Vorstände der KV einen großen Teil ihrer Arbeitszeit im Ehrenamt verbringen, steht ihnen entsprechend der KV-Regelung eine Erstattung für die Beschäftigung eines Praxis-Vertreters in der heimischen Arzt-Praxis zu.

Einige Beispiele für die Erstattungsbeträge:

➔	KV Bayern	66.000 Euro
➔	KV Brandenburg	73.400 Euro
➔	KV Niedersachsen	56.100 Euro
➔	KV Nordrhein	67.600 Euro
➔	KV Nord-Württemberg	72.600 Euro

Ein kleiner Nachtrag aus der Politik:

Die Aufsicht über die KV obliegt dem Bundesgesundheits-Ministerium. Die auch von dort kritisierten hohen KV-Bezüge verteidigte der Bundesvorsitzende der KV, Manfred Richter-Reichhelm, als "angemes-

sen". Sie würden von den Ärzten und nicht von den Versicherten bezahlt. Die "Schnüffelei" des Gesetzgebers könne er "nur unter Sozialneid" subsumieren. (14)

Und was noch ins Bild paßt:

Gegen den AOK-Bundesverband ist der Verdacht erhoben worden, **millionenschwere Beraterverträge ohne öffentliche Ausschreibung** vergeben zu haben. Die AOK habe seit dem Jahre 2000 mehr als 50 Millionen Euro für externe Berater ausgegeben, offenbar aber ohne diese Aufträge öffentlich auszuschreiben.

12

Manager ohne Moral - jedes Maß verloren

Es ist schon widersinnig: "Eigentümer-Unternehmer" - also die, denen ein Betrieb gehört und die dort die volle Verantwortung für ihr unternehmerisches Tun tragen - wurden seit den Tagen eines Karl Marx als "Ausbeuter" oder "Kapitalisten" beschimpft. Schaut man heute in die Unternehmer-Landschaft, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Der Eigentümer-Unternehmer, der nur noch vereinzelt bei Groß-Unternehmen, aber sehr häufig im Mittelstand anzutreffen ist, sieht in "seiner" Belegschaft das wichtigste Kapital. "Hire and fire" ist seine Sache nicht.

Im Gegensatz zu diesen echten Unternehmern gibt es zunehmend die "angestellten Unternehmer" - Vorstände in großen Firmen und Aktiengesellschaften. Bei vielen Vertretern dieser Gilde scheint die "Profit-Maximierung" im Vordergrund zu stehen, allerdings für ihre eigene Kasse. Auch wenn sie "ihr" Unternehmen schlecht führen oder gar herunterwirtschaften, mehren sie ihren eigenen Profit durch unsagbar hohe Gehälter, "Erfolgs-Prämien" - die notabene auch bei Mißerfolg gezahlt werden - und/oder Abfindungen bzw. Pensionsansprüche jenseits der Schamgrenze. Durch Seilschaften und Absprachen sichern sich die Angehörigen dieser "Unternehmer-Kaste" bestens ab, Motto: "Wählst Du mich in den Vorstand, berufe ich Dich in den Aufsichtsrat - und umgekehrt." Das funktioniert wechselseitig, so daß viele Groß-Unternehmen personell verflochten sind, ohne daß sie geschäftlich etwas miteinander zu tun hätten. Transparenz wird dabei vermieden -

vor allem bei den Gehaltsregelungen. Schließlich beschließt in aller Regel der Aufsichtsrat die Bezüge eines Vorstandes - übrigens in den mitbestimmten Unternehmen mit den Stimmen der Gewerkschaftsvertreter - still, lautlos, effektiv. Und alle profitieren davon. Nur etwa ein Drittel der wichtigen DAX-Unternehmen weist die Vorstandsgehälter individuell aus. Und diese Angaben ergeben ein unvollständiges Bild; denn neben den "offiziellen" Gehältern werden Zulagen gezahlt, die meist weit über das Gehalt hinausgehen.

Darauf fiel auch die BILD-Zeitung rein, als sie - wie bei den DGB-Bossen - vor wenigen Wochen die angeblichen Jahresbezüge der Manager veröffentlichte. Eklatante Beispiele: **Allianz-Chef Michael Diekmann hat - wie BILD richtig schrieb - ein Jahresgehalt von 900.000 Euro; in Wirklichkeit kassiert er aber (durch Prämien etc.) 2,8 Millionen Euro. Weiter: Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann hat nach BILD ein Jahresgehalt von bescheidenen 1,15 Mio. Euro; in Wirklichkeit bekam er 2003 11,1 Mio. Euro. Der vierköpfige Vorstand der Deutschen Bank kassiert pro Jahr mehr als die über 600 Abgeordneten des Deutschen Bundestages zusammen.** Man muß aber schon sehr genau hinschauen, um die realen Einnahmen zu erkennen.

Die beiden folgenden Tabellen zeigen die Einnahmen der Manager und die Verflechtungen mit anderen Unternehmen.

Manager-Vergütungen (Tab. 1) und -Verflechtungen (Tab. 2) in den DAX-Unternehmen

Tabelle 1

Unternehmen	Vorstands-Vorsitzender	Jahresbezüge in Mio. Euro * geschätzt	Sitze in folgenden DAX-Aufsichtsräten
Adidas-Salomon	Hainer, Herbert	1,5 *	keine
Allianz	Diekmann, Michael	2,8 *	BASF, Linde, Lufthansa
Altana	Schweickart, Nikolaus	1,7	keine
BASF	Hambrecht, Jürgen	2,1 *	keine
Bayer	Wenning, Werner	1,6	Henkel
BMW	Panke, Helmut	2,5 *	keine
Commerzbank	Müller, Klaus-Peter	1,4	Linde
Continental	Wennemer, Manfred	1,3 *	keine

Daimler-Chrysler	Schrempp, Jürgen	4,9	keine
Deutsche Bank	Ackermann, Josef	7,7 / 11,1	Linde, Bayer, Lufthansa, Siemens
Deutsche Börse	Seifert, Werner	2,3	keine
Deutsche Post	Zumwinkel, Klaus	1,72	Telekom (AR-Vors.), Lufthansa
Deutsche Telekom	Ricke, Kai-Uwe	2,6	keine
E.on	Bernotat, Wulf	4,6 *	Metro, Allianz
Fresenius M.C.	Lipps, Ben	0,9 *	keine
Henkel	Lehner, Ulrich (Geschäftsf.)	2,1 *	E.on
Hypo-Vereinsbank	Rampl, Dieter	1,4 *	keine
Infineon	Ziebart, Wolfgang	n. b.	keine
Linde	Reitzle, Wolfgang	1,9 *	keine
Lufthansa	Mayrhuber, Wolfgang	0,7 *	Münchener Rück

MAN	Rupprecht, Rudolf	0,9 *	keine
Metro	Körber, Hans-J.	2,6 *	keine
Münchener Rück	von Bonhard, Nik.	1,7 *	keine
RWE	Roels, Harry	2,5	keine
SAP	Kagermann, Henning	3,4	Deutsche Bank, Münchener Rück
Schering	Erlen, Hubertus	2,2	keine
Siemens	von Pierer, Heinrich	3,2 *	Bayer, Münchener Rück, VW
Thyssen-Krupp	Schulz, Ekkehard	1,4	Commerzbank, MAN, TUI
TUI	Frenzel, Michael	1,7 *	Continental, VW, Deutsche Bahn
VW	Pichetsrieder, Bernd	2,4 *	Metro, Münchener Rück

Quelle: Financial Times 22.07.2004 / Stern 31/04

Verflechtungen und Tantiemen der DAX-Aufsichtsräte (Tabelle 2)

(aus den Veröffentlichungen der Geschäftsberichte, z. T. geschätzt)

Unternehmen	Name AR-Vorsitzender	Vergütung als AR-Vors. in Euro (mindestens)	sitzt in weiteren Aufsichtsräten (jeweils in Tausend Euro)		... daraus folgende zusätzliche Vergütung in Euro	Gesamt AR-Vergütung
Allianz	Schulte-Noelle, H.	143.000	E.on	88.30	207.000	**350.000**
			Siemens	69.00		
			Thyssen-Krupp	50.00		
BASF	Strube, Jürgen	206.000	BMW	78.00	160.300	**366.300**
			Linde	64.80		
			Commerzbank	17.53		
Bayer	Schneider, Manfred	172.500	Linde	194.00	533.100	**705.600**
			RWE	85.00		
			Allianz	71.50		
			Daimler-Chrysler	79.40		
			Metro	43.30		
			TUI	59.90		
Commerzbank	Kohlhausen, Manfred	39.070	Bayer	57.50	342.380	**381.450**
			Infineon	39.45		
			Schering	195.43		
			Thyssen-Krupp	50.00		

Unternehmen	Name AR-Vorsitzender	Vergütung als AR-Vors. in Euro (mindestens)	sitzt in weiteren Aufsichtsräten (jeweils in Tausend Euro)		... daraus folgende zusätzliche Vergütung in Euro	Gesamt AR-Vergütung
Daimler-Chrysler	Kopper, Hilmar	229.000				**229.000**
Deutsche Bank	Breuer, Rolf	224.000	Deutsche Börse	120.00	208.310	**432.310**
			E.on	88.31		
Deutsche Börse	Breuer, Rolf	120.000	Deutsche Bank	224.00	312.310	**432.310**
			E.on	88.31		
Deutsche Telekom	Zumwinkel, Klaus	50.000	Lufthansa		43.000	**93.000**
E.on	Hartmann, Ulrich	257.000	Münchener Rück	52.50	250.820	**507.820**
			Henkel	48.82		
			Lufthansa	43.00		
			Deutsche Bank	106.50		
Hypo-Vereinsbank	Schmidt, Albrecht	64.420	Münchener Rück	52.50	121.500	**185.920**
			Siemens	69.00		
Infineon	Kley, Max Dietrich	64.000	Hypo Vereinsbank	32.00	136.000	**200.000**
			BASF	104.00		
Linde	Schneider, Manfred	194.000	Bayer	172.50	511.600	**705.600**
			RWE	85.00		
			Allianz	71.50		
			Daimler-Chrysler	79.40		
			Metro	43.30		
			TUI	59.90		

Lufthansa	Weber, Jürgen	104.000	Bayer	57,00	191.000	**295.000**
			Deutsche Bank	106,00		
			Deutsche Post	28,00		
RWE	Neuber, Friedel	210.000	TUI	120,00	230.000	**440.000**
			Thyssen-Krupp	50,00		
			RAG	20,00		
			Deutsche Bahn	20,00		
			Hapag-Lloyd	20,00		
Siemens	Baumann, K.-H.	207.000	Deutsche Bank	106,50	535.004	**742.004**
			E.on	88,31		
			Linde	64,80		
			Schering	195,43		
			Thyssen-Krupp	50,00		
			Mg-techno-logies	30,00		
Thyssen-Krupp	Cromme, Gerhard	194.000	Allianz	71,50	376.800	**570.800**
			Lufthansa	43,00		
			E.on	88,30		
			Siemens	69,00		
			VW	105,00		
TUI	Neuber, Friedel	120.000	RWE	210,00	320.000	**440.000**
			Thyssen-Krupp	50,00		
			Deutsche Bahn	20,00		
			RAG	20,00		
			Hapag-Lloyd	20,00		
VW	Piech, Ferdinand	305.000			**305.000**	

Quelle: Handelsblatt 23.01.04 / Stern 31/04

Dazu "paßt" die Meldung, die soeben reinkommt, wie angegossen: "DAX-Vorstände schließen Schweigepakt." (15)
Nach Informationen des Vorsitzenden der Regierungskommission "Corporate Governance", Theodor Baums, haben sich die meisten DAX-Unternehmen darauf verständigt, die Vergütung ihrer einzelnen Vorstandsmitglieder nicht zu veröffentlichen. Damit wird die Arbeit der Kommission, die einen Ehren-Kodex der großen Aktiengesellschaften erarbeiten soll, ad absurdum geführt. Die betroffenen Manager handeln offensichtlich nach der Devise: "Möglichst hohe Gehälter, aber möglichst wenig Offenheit." Damit schädigen sie ihre Aktionäre; es ist eine offene Mißachtung der Eigentumsrechte. *"Einige Vorstände kassieren so absurd hohe Gehälter, daß sie zu recht unter schwersten Abzocke-Verdacht geraten"*, schreibt dazu das "managermagazin" (9/04). Der bayerische Ministerpräsident Stoiber nannte die Schweige-Verabredung dieser DAX-Unternehmen "skandalös"; und das ist sie in der Tat. Kein Wunder, daß sich nun die Politik darum kümmert und einen entsprechenden Gesetzentwurf vorbereiten wird. Das "Schweige-Kartell" ist der letzte Beweis, daß eine freiwillige Selbstverpflichtung nicht funktioniert.

Es geht weniger darum, daß eine breite Öffentlichkeit erfahren soll, was ein Vorstand eines Konzerns pro Jahr verdient. Aber die wirklichen Eigentümer dieser Groß-Unternehmen, nämlich die Aktionäre, sollten doch wenigstens die einzelnen Einkommensregelungen ihrer (angestellten) Führungskräfte erfahren!

So übt denn vor allem die EU-Kommission (Binnenmarkt-Kommissar Frits Bolkenstein) Druck auf Deutschland aus und fordert die "vollständige Offenlegung der Bezüge" (16). Mit einem solch individuellen

Ausweis der Einkommen wird für die Eigentümer (die Aktionäre) erstmals nachvollziehbar, ob ein Vorstand(s-Mitglied) ein angemessenes Gehalt bezieht, das den wirtschaftlichen Erfolg oder auch Mißerfolg des von ihm verantworteten Bereiches widerspiegelt. In vielen Firmen ist es Tatsache, daß ein Vorstand ein hohes Gehalt bezieht - und obendrein noch Prämie kassiert -, obwohl gerade sein Bereich schlecht gewirtschaftet hat.

"..Die Rolle eines Managers ist gewichtig. Er trägt die Verantwortung für Tausende Arbeitsplätze. Entweder schafft er sie, oder er vernichtet sie. Er trägt Verantwortung für das Vermögen von Millionen Anlegern. Er trägt Verantwortung für die Zukunft des Unternehmens. Es kommt auf die meßbare Leistung an, nicht auf eine quantitative Größe, gemessen am Facharbeiterdurchschnitt.."
(Nikolaus Schweickart, Vorstandsvorsitzender Altana AG) (19)

Plötzlich steht die "Elite" der deutschen Wirtschaft - gar nicht unverschuldet - am öffentlichen Pranger, so wie auch die Politiker, die sich durch ebensolches Verhalten ein weit verbreitetes Mißtrauen der Bevölkerung "erarbeitet" haben. Zu groß ist offenbar die Kluft zwischen ihren irren Bezügen einerseits und Versagen, Raffgier und Werteverfall andererseits - wobei der Zynismus offenbar keine Grenzen kennt: Auf einer Basis von 5 Millionen Euro Jahreseinkommen (!) demonstrativ auf 10 Prozent der Bezüge zu verzichten - wie soeben bei Daimler-Chrysler -, ist zumindest peinlich, wirkt wie ein Schuld-Anerkenntnis und verstärkt eher das Mißtrauen.

Etliche Führungskräfte der deutschen Wirtschaft haben offenbar die Bodenhaftung verloren - ein Phänomen, das auch bei Politikern und Gewerkschaftsbossen zu beklagen ist. Wer - wie der Vorstands-Chef

von Daimler-Chrysler, Schrempp - durch gravierende Fehlentscheidungen die Aktionäre um Milliardenbeträge erleichtert hat, dem gebührt der Vorwurf zu Recht, daß andere die Suppe auslöffeln müssen, die er angerührt hat, während er selbst sich an seinen Job klammert.

Gerade in Zeiten der Krise müssen Manager auch soziale Verantwortung übernehmen. Aber Moral und Ethik scheinen weitgehend auf dieser Etage verlorengegangen zu sein. 11,1 Millionen Euro Jahresgehalt für Deutsche Bank-Chef Ackermann, 5 Mio. Euro Jahresgehalt für Daimler-Chrysler-Chef Jürgen Schrempp, 2,6 Millionen Euro Jahresgehalt für Deutsche Telekom-Chef Ricke, 1,7 Millionen Euro für Deutsche Post-Chef Zumwinkel - ist das alles wirklich "angemessen"?

Und mit was erklärt man die hohen Unterschiede bei der Bezahlung der Top-Manager? Mir hat noch niemand erklären können, warum in etwa gleich großen Unternehmen der eine Vorstand 11 Millionen, in einem anderen Unternehmen aber jemand 5 oder 6 oder 2 Millionen - oder gar "nur" 700.000 Euro - erhält. Wo liegt eigentlich die kaufmännische - und moralische - Meßlatte für eine Entscheidung, ob jemand 2, 3 oder 5 Millionen Euro "verdient"? Ich warte auf Antwort.

Der Publizist Paul C. Martin fragt deshalb auch berechtigterweise: *"Kann ein einzelner Mensch 70- oder gar 115-mal besser sein als ein anderer? Was ist da 'gerecht'?"*

Die Daimler-Chrysler-Manager steigerten ihre Bezüge in vier Jahren um 130 Prozent, Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann in 1 Jahr sogar

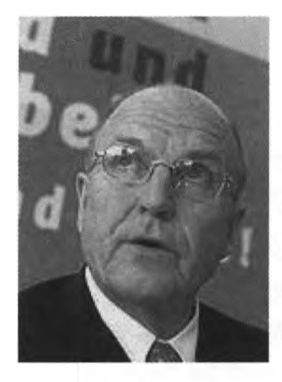
um 60 Prozent und ver.di-Chef Bsirske in 1 Jahr um 61 Prozent. ***"Das ist nicht nur unmoralisch, das ist auch ethisch nicht begründbar"***, schreibt Edzard Reuter, der frühere Chef von Daimler-Benz, dazu. Der aber verdiente (1995) auch schon umgerechnet rund 100.000 Euro - pro Monat!

Aufsichtsräten - gerade in mitbestimmten Unternehmen - gelingt es offenbar nicht, Phantasiegehälter von Vorständen zu kontrollieren. Selbst bei einem vorzeitigen Rausschmiß wird "der goldene Handschlag" praktiziert - in Form von unvertretbar hohen Abfindungen, wie zuletzt der Fall Esser (Mannesmann-AG) deutlich gemacht hat: 30 Millionen Euro Abfindung in Geld und mehr. Abzockerei und Selbstbedienung haben die Moral außer Kraft gesetzt und astronomische Dimensionen erreicht. Das mag legal sein; moralisch einwandfrei ist es nicht.



Klaus Esser, Vorstand Mannesmann AG, kassierte 2 mal 30 Mio. DM = 60 Millionen DM = 30 Mio. Euro

Klaus Esser erhielt zu seinem Ausscheiden eine Prämie von rund 30 Millionen DM und etwa den gleichen Betrag als vertragliche Abfindung plus Dienstwagen und Büro mit Sekretärin auf Lebenszeit (!). (17)



Klaus Zwickel, damals Chef der IG-Metall, hatte als stellvertr. Aufsichtsrats-Vorsitzender der Mannesmann AG der Abfindung für Esser nicht widersprochen. Er kassierte als Stv. AR-Vorsitzender 150.000 DM pro Jahr.

Das schlechte Beispiel der Aufsichtsräte

Die Aufsichtsräte gehen selbst kaum mit gutem Beispiel voran. Ihre Vergütungen sind in den letzten Jahren kräftig gestiegen. Und auch hier das ähnliche Erscheinungsbild wie bei den Managern: Die Vergütung von Aufsichtsräten - bei etwa gleich großen Unternehmen - ist sehr unterschiedlich und stieg bei einigen Unternehmen seit der letzten Hauptversammlung um rund 39 Prozent für den AR-Vorsitzenden und um 42 Prozent für die Stellvertreter. Aufsichtsräte großer Unternehmen bekommen - für einige Sitzungen im Jahr - Tantiemen, die oftmals weit höher liegen als die Gehälter Leitender Angestellter - tragen aber keinerlei operative Verantwortung.

Ein Aufsichtsrats-Vorsitzender eines DAX-Unternehmens kann im Schnitt mit etwa 120.000 Euro rechnen, ein ordentliches AR-Mitglied mit etwa 60.000 Euro; Stellvertreter verdienen die Hälfte mehr, also rd. 90.000 Euro. Und das für durchschnittlich 6 - 7 Sitzungen im Jahr. (18)

Zu Recht ist man empört; denn die, die sich satte Gehälter und Abfindungen genehmigen, tragen kaum ein Risiko und "beheben" eige-

ne Fehlentscheidungen flugs mit der Streichung von Arbeitsplätzen. Wer aber von den Menschen Opfer verlangt, muß selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Um nicht mißverstanden zu werden: Gewinnstreben ist wichtig und richtig. Aber das ist moralisch doch etwas anderes als Profitgier um jeden Preis. Und wenn Profite und Renditen umso mehr steigen, je mehr Arbeitsplätze abgebaut werden, dann ist die erregte Reaktion der Öffentlichkeit nur zu verständlich. Es gibt den "Raubtier-Kapitalismus" und Manager-Gehälter, die durch nichts gerechtfertigt sind, weil sie nicht mehr Leistung belohnen, sondern schlicht maßlos sind. Mittelständler bemühen sich, ihre Beschäftigten auch in Krisenzeiten zu halten. Sie entlassen nur, wenn's nicht mehr anders geht. Für sie ist "sozial" nicht irgendein Wort, sondern gelebte Wirklichkeit. **Soziale Marktwirtschaft, für die wir Konservativen eintreten, ist das ständige Bemühen, Effizienz mit Menschlichkeit zu verbinden und einen breiten Wohlstand zu ermöglichen.** Diese Balance wird von raffgierigen Managern mit Füßen getreten. Gute Manager sollen gut bezahlt werden. Es ist aber ein Schlag ins Gesicht der Leistungsgesellschaft, wenn sich erfolglose Bosse fürstlich entlohnen lassen.

Abkassieren - nicht nur im DAX

Abkassieren scheint eine Manager-Mode zu sein, die - was man ehrlicherweise erwähnen muß - nicht alle mitmachen. Es gibt "anständige" Gehälter, aber eben auch "unanständige" Vergütungen. Der Vorstandsvorsitzende der Altana AG - ein Unternehmen, das vorbildlich dem Ehrenkodex folgt und alle Vergütungen individuell transparent macht -, Nikolaus Schweickart, sagt dazu deutlich:

"... Auswüchse, die es bei Verdienst, Abfindungen oder Prämienzahlungen gegeben hat, irritieren die Leute zu Recht. Wenn man aber öffentlich macht, was man verdient, kann man wesentlich besser unterscheiden zwischen gerechtfertigt und überzogen, zwischen Leistung und Nichtleistung..." (19)

Unterschiedlich hohe (und sehr hohe) Honorierungen trifft man nicht nur bei den ganz Großen des DAX, sondern auch im Mittelfeld der Großen, im M-DAX oder im Tec-DAX. Dies mögen die folgenden Beispiele von hohen Manager-Gehältern, Aufsichtsrats-Vergütungen und Abfindungen zeigen:

"Manager-Gehälter und -Abfindungen" ***(Tabelle 3)***

Name	**Unternehmen / Regelung**	**Jahreseinkommen 2003**
Ackermann, Josef	**Vorstandsvorsitzender Deutsche Bank AG (DAX)** Festgehalt: 1,2 Mio Euro Bonus: 6,6 Mio. Euro Aktienrechte: 2,7 Mio. Euro Aktienoptionen 0,6 (Nettogewinn gesteigert von 0,4 auf 1,4 Mrd. Euro)	**11,1 Mio. Euro** (2002: 6,9 Mio. Euro, also 60 % Erhöhung)
Müller, Klaus Peter	**Vorstandsvorsitzender Commerzbank (DAX)** Jahresergebnis 2002: Verlust von 298 Mio. Euro 2001: Gewinn von 102 Mio. Euro	**1,42 Mio. Euro** (2002: 1,26 Mio. Euro)
Retzlaff, Hartmut	**Vorstandsvorsitzender Stada AG, Bad Vilbel (M-DAX)** Ein stolzes Gehalt für ein M-DAX Unternehmen	**1,376 Mio. Euro**

Name	Unternehmen / Regelung	Jahreseinkommen 2003
Sonder, Claudio	**Vorstandsvorsitzender Celanese AG, Kronberg (nicht in einem DAX)** Spitzengehalt von 1,8 Mio. Euro (*) Erhält beim Ausscheiden Ende Oktober 2004 zusätzliche "Sonderleistung" von 3,8 Mio. Euro	**5,6 Mio. Euro (*)**
Schreier, Bernhard	**Vorstandsvorsitzender Heidelberger Druckmaschinen AG (M-DAX)** Trotz eines Verlustes von 695 Mio. Euro	**912.000 Euro**
Schneider, Manfred	**Aufsichtsratsvorsitzender Bayer AG (DAX) und Linde AG (DAX),** sitzt noch in weiteren 5 DAX-Aufsichtsräten	**705.600 Euro**
Neuber, Friedel	**AR-Vorsitzender TUI (DAX) und RWE (DAX) und** AR von 4 weiteren AG (20)	**440.000 Euro**
Neukirchen, Kajo	**Ehemaliger Vorstandsvorsitzender mg-technologies AG (vormals Metallgesellschaft).** Sein Mehrheitsgesellschafter trennte sich von ihm (er behielt aber Fahrer und Sekretärin):	**Abfindung** **15 Mio. Euro**
Fischer, Manfred	**Ehemaliger Vorstand bei Bertelsmann.** Erhielt Abfindungen von Bertelsmann: 4 Mio. DM (!) Dornier: 7 Mio. DM (!) zusätzliche Rente: 500.000 DM jährlich	**11 Mio. DM (!)** zusätzlich 500.000 DM Rente (jährlich)

		Abfindung
Sommer, Ron	**Ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom** Die Deutsche Telekom zahlte vier ausscheidenden Managern insgesamt 25 Mio. Euro "Vertragsauszahlung" für ihr Ausscheiden, trotz 24,5 Mrd. Euro Verlust und 64 Mrd. Euro Schulden. Ron Sommer erhielt 11,6 Mio. Euro (der Rest ging an die Vorstände Gerd Tenzer, Jeffrey Hedberg und Max Hirschberger)	**11,6 Mio. Euro**
Funk, Joachim *)	Ehemaliger Aufsichtsrats-Vorsitzender der Mannesmann AG, erhielt nach der Übernahme durch Vodafone eine "Prämie" in Höhe von:	**3 Millionen Euro**

*) "Da schäme ich mich als Manager in diesem Land", sagte dazu der Vorstandsvorsitzende der EnBW, Utz Claassen.

"Lebenswerte Zusatzleistungen"

Bei vielen dieser Groß-Verdiener - ob sie ihre Gehälter veröffentlichen oder nicht - gibt es darüber hinaus Leistungen, die in keiner Statistik und keiner Bilanz auftauchen und die selbst in der GuV (Gewinn- und Verlustrechnung) kaum auszumachen sind: Ich bezeichne sie als "lebenswerte Zusatz-Leistungen". Davon gibt es so viele, daß es schwerfällt, sie aufzuzählen. Ein paar Beispiele mögen beschreiben, was gemeint ist:

Da verfügt ein Vorstand - in einigen Unternehmen gar auf Lebenszeit - über eine "angemessene Dienstvilla", über Hauspersonal, Gärtner und Chauffeur, einen Dienstwagen der Spitzenklasse, eine bestens bestück-

te Bar - sowohl im Privat-Haus als auch im Büro, und es gibt einen exquisit gefüllten Weinkeller. In etlichen Unternehmen findet man ein "Casino" - nur für die Vorstandsebene - mit Spitzenkoch und allem Drum und Dran. Und für die Kurzweil trifft man sich zur (hauseigenen) Jagd oder auf dem firmeneigenen Golfplatz usw., usw. Alles stellt "die Firma". Und das bei ohnehin absoluten Spitzengehältern.

Um nicht zu vergessen: All dies hilft beim Aufbau bzw. der Pflege eines "Netzwerkes", in dem sich einige wenige Männer treffen - Frauen gibt es praktisch auf der Ebene nicht -, um über Vorstandsposten oder Aufsichtsrats-Sitze zu beraten. Dabei heben eben feinstes Essen und erlesene Getränke durchwegs die Stimmung. Wer in diesen Kreisen "zuhause" ist, erhält stets die besten Informationen über neue Vorstandspläne oder freiwerdende Aufsichtsrats-Gremien. Und: Neben Posten kann man sich auch leichter das eine oder andere große Geschäft zuschieben. *"Früher"*, erklärt der Lieblingsberater der Bosse, Roland Berger, dazu, *"genügte es, dreimal bei Berthold Beitz (Krupp) eingeladen zu sein, und man war akzeptiertes Mitglied des Netzwerkes."*

Das ist auch heute noch so; nur die Namen haben sich geändert.

13

Die feinen Herren

Der Volksmund, mit sicherem Gespür für die Unterschiede, macht eine feine Unterscheidung zwischen dem Adel und dem "Geld-Adel". Angehörige der Adels-Schicht genießen Respekt - und in aller Regel verdienen sie das auch. Sie handeln korrekt, selbstbewußt und vor allem: diskret. Angehörige des Geld-Adels sind gewiß auch tüchtig, vor allem clever - aber meist wenig diskret. Sie haben sich "von unten nach oben" gearbeitet und wollen dies der ganzen Welt beweisen. Ihr Lebensziel wird vom Geld bestimmt - vom Geld anderer Leute.

Eine "Musterbranche" für diese feinen Herren scheint der Bereich der "Finanzdienstleistung" zu sein. Hier wird "Kohle gemacht", hier wird gezockt und abgezockt, versprochen und nicht gehalten, was der Markt hergibt. Niemand weiß, wie viele Milliarden (DM und Euro) von dieser Branche in den Sand gesetzt wurden. Sie erfinden immer wieder neue Programme, gutgläubigen Menschen ihr oft sauer verdientes Geld aus der Tasche zu ziehen. Es fällt schon schwer, die seriösen von den unseriösen Angeboten zu unterscheiden. Noch schwerer fällt es, festzustellen, welcher "Initiator" selbst seriös ist oder sich nur hinter einer seriösen Firmenfassade verbirgt.

"Bauherren-Modell", "Bauträger-Modell", "Renten-Anspar-Programm" - das waren und sind die Reizworte, die Glück verheißen. Und trotz der vielen Pleiten und trotz des verschärften Anleger-Schutzes werfen die "Initiatoren" immer wieder neue Fonds oder Selbstbereicherungs-

Programme auf den Markt. Nun soll und kann diese Publikation nicht - was gewiß reizvoll wäre - die Prospekte und Angebote der verschiedenen Anbieter am "grauen" oder freien Kapital-Markt untersuchen. Es soll aber dargestellt werden, wie (leicht) einige an anderer Leute Geld kommen - und zwar weit über den Erfolg eines "Tüchtigen" hinaus.

13.1. Reinhard Wagner und der BHW-Vorstand: ganz legal 3 Millionen abgesahnt

Beginnen wir mit einer seriösen Firma, der BHW. Ursprünglich als "Beamtenbausparkasse Heimstättengesellschaft der deutschen Beamtenschaft mbH (BHW)" gegründet, hat sich die BHW inzwischen zum zweitgrößten Finanzdienstleister unserer Republik entwickelt - zwar nicht immer mit feinen, aber noch zulässigen Methoden. Man darf mit Fug und Recht behaupten, daß die BHW ein "Gewerkschaftsladen" ist: Die Gesellschaftsanteile liegen derzeit mit 38 Prozent beim DGB (durch seine Betriebsgesellschaft BGAG) und zu 36 Prozent beim Deutschen Beamtenbund; der Rest der Anteile ist gestreut[2]. Heute hat die BHW etwa 5.500 Mitarbeiter, rd. 3.500 Handelsvertreter und über 3,2 Millionen Kunden; die Bilanzsumme liegt weit über 120 Milliarden Euro. Von "Beamten-Heimstätte" ist längst keine Rede mehr. Man bietet Finanzleistungen für alle.

---

2 Umfangreiche Hintergrund-Informationen über die Betriebsgesellschaft des DGB, die BGAG, finden Sie in "Macht Kasse, Genossen", Peter Helmes 2003, Hrsg. Die Deutschen Konservativen, Hamburg



Reinhard Wagner und seine BHW-Vorstandskollegen kassierten 3 Millionen Euro extra

Und selbstverständlich profitieren auch die Mitarbeiter vom Glanz der BHW - allen voran der Vorstand. Dem war ein ganz besonderer Coup gelungen, den das renommierte "Manager-Magazin" in seinem kritischen Bericht darüber mit den Worten überschrieb: "Die Absahner". In der Tat, die Herren Vorstände baten zur Kasse - und wie! Der Vorstandsvorsitzende der BHW, Reinhard Wagner, und seine drei Vorstandskollegen, Rudolf Eis, Joachim Nüßler und Udo Röbel, hatten 1997 im Rahmen des Mitarbeiter-Beteiligungsprogramms beim ersten Börsengang der BHW insgesamt 175.000 Aktien der BHW zum Vorzugspreis von je 26,- DM (also 13,29 Euro) erworben. Als im Dezember 2001 der Kurs der Aktie bei rund 24 Euro lag (also etwa 47,- DM) - und, wie Insider wußten, bald wieder fallen würde - witterten die feinen Herren die Chance ihres Lebens: Sie stießen 174.000 (also fast alle) Aktien, die sie für 26 DM gekauft hatten, für nunmehr rd. 43 DM (etwa 22,80 Euro) ab. Der Gewinn der Vorstands-Manager konnte sich sehen lassen:
Etwa drei Millionen Euro in die Tasche der Manager!

Die Sache hatte aber ein paar Haken. Zwar ist wohl juristisch dagegen nichts einzuwenden, aber moralisch war das ein "dickes Ding". Zum

einen: Die Bindefrist ("lock-up-period") für diese Aktien endete just im November 2001; sie durften also tatsächlich im Dezember verkauft werden. Um den Kurs der Papiere aber hochzuhalten, kaufte das Unternehmen BHW - vertreten durch eben diesen Vorstand - massenhaft eigene Aktien, im Laufe von zwei Jahren immerhin rund 6,6 Millionen Papiere. Zum anderen wurden die "einfachen" Mitarbeiter des BHW noch im November 2001 dazu ermuntert, nicht nur ihre Aktien zu halten, sondern auch noch neue hinzuzukaufen - womit sie, die "Kleinen", die Gelackmeierten waren. Die Talfahrt der BHW-Aktie begann - natürlich auch beflügelt durch die massiven Verkäufe des Vorstandes - und erreichte 2003 mit 6,30 Euro ihren Tiefststand. Heute (10.08.04) ist sie für ganze 10,80 Euro zu haben (also etwa 21,10 DM). Für die Mitarbeiter, die sicher etwas für Ihre Rente tun wollten, ein echtes Kapital-Vernichtungs-Programm: Aus ihrem ehemaligen "Vorzugspreis" von 26 DM, den sie pro Aktie geblecht hatten, würden sie heute gerade mal 21 DM erlösen können, ein schlimmer Verlust. Erst recht, wenn man die kargen 21 DM mit den üppigen 43 DM vergleicht, die die Vorstände abgesahnt hatten.

13.2 "Super-Mario" Ohoven: Vermögensvernichtung mit Gesellschafts-Glanz

Das Ehepaar Ohoven vermittelt Glanz und Glamour. Er, Mario Ohoven, ist zuständig für Hochglanz-Prospekte; sie, Henriette Ohoven, organisiert glanzvolle Feste zugunsten bedürftiger Kinder in aller Welt. Im vornehmen Swisshotel zu Neuss treffen sich jährlich die Schönen und Reichen - also die Crème der Gesellschaft dieses Landes - zur Gala der UNESCO-Botschafterin Henriette, um am üppigen Büffet über die Armut der Dritten Welt zu plaudern.



Eine feine Gesellschaft: Millionen vernichtet

Mario Ohoven - genannt "Super-Mario" - gehört auch zur Crème, aber nicht so sehr der feinen, sondern der Initiatoren, die steuersparwilligen Bürgern allerlei Beteiligungen verkaufen. Bei Ohoven geht es vornehmlich um Immobilien- und Film-Fonds. Zudem ist er Präsident des "Bundesverbandes Mittelständischer Wirtschaft (BVMW)", der allerdings in der Vergangenheit mit etlichen Negativ-Meldungen Schlagzeilen machte, obwohl der BVMW sich den Werten "Anstand, Wahrheit und Gerechtigkeit" verpflichtet fühlt. Nicht gut fürs Image. Und manchem Mittelständler, der Mitglied im BVMW ist, mißfällt, daß der Verband nicht nur als "mittelständische Interessenvertretung" agiert, sondern auch "Vorzugsangebote" von Versicherungen oder (über eine sog. UnternehmerCard) Rabatt auf vielerlei Kaufangebote vermittelt. Auch nicht gut fürs Image: Ohovens Flops.

Nach einer Meldung des Branchenblattes "Direkter Anlegerschutz (DA)" haben zwei Fonds aus dem Vertrieb von Mario Ohoven Konkurs anmelden müssen - Schaden in Millionenhöhe. Dazu schreibt der "Immobilienbrief" (Nr. 2 vom 10.08.2001) u.a.: *"Mario Ohoven gehört seit langem zu den schillernden Gestalten der Fonds-Szene.(..) Er steht jedoch schon seit einiger Zeit auf der Beobachtungsliste der*

Anlegerschützer. Der Vertrieb von ‚Treff Hotels' in den neuen Ländern hatte die Anleger durch Mietanpassungen schon viel Geld gekostet. Gerüchte über eine Vielzahl von Problemfonds machten die Runde. Eine Vertriebsbilanz gibt es lt. DA nicht.(...) Verantwortlich für die Treue und Verschwiegenheit seiner Vertriebspartner soll ein spezielles Honorierungssystem von Ohoven sein. Seinen Vertriebsmitarbeitern sollen meist lediglich die vorletzten Vertriebsprovisionen ausgezahlt worden sein. Aus Angst, um die offenen Forderungen streiten zu müssen, bleiben die Partner bei der Stange..."

"Der Immobilien Brief" klärt weiter auf:
"...Ein Faktum haben die meisten gescheiterten Immobilienfonds gemeinsam: Sie werden zu völlig überhöhten Preisen in die Fonds eingebracht. Um dies den Anlegern schmackhaft zu machen, weist der Prospekt auf angebliche Wachstumsmärkte hin. (...) Die diesen Verträgen zugrundeliegende Kalkulation ist aber in aller Regel unrealistisch oder zumindest hochspekulativ. Das Risiko einer Mietminderung oder sogar des Zahlungsausfalls ist hoch bzw. wird anscheinend sofort einkalkuliert. Tritt der Zahlungsausfall ein, so ist auch die Fonds-Gesellschaft in der Regel sofort insolvent. Vielfach können Marktkenner solche Pleiten von Anfang an voraussagen..."

Pech hat Ohoven auch mit seinen "Medien-Fonds". Diese Fonds finanzieren sich aus dem Geld vieler, oft "kleiner" Anleger, die sich Steuervorteile und eine ordentliche Rendite erhoffen. Ohovens "Cinerenta" hat bei Anlegern über 400 Millionen Euro eingesammelt. Ob daraus etwas wird, ist zweifelhaft; denn nicht jeder der geplanten Filme ist ein Erfolgsschlager. Und so ist die Cinerenta alles andere als gesund. "Die Ziele, die sich Cinerenta in den Prospekten gesteckt hat,

werden klar verfehlt", ermittelte die Wuppertaler "Rinke Medien Consult", eine in Fachkreisen angesehene Beratungsfirma. Die geplanten Ausschüttungen während der Laufzeit der Fonds werden nicht eingehalten. Nur einer von zehn Filmen hat bisher richtig Geld verdient. (Sein Geld verdient Ohoven aber immer, egal ob ein Fonds floppt oder nicht. Denn von den eingehenden Anleger-Geldern wird stets zuerst der Initiator bezahlt, und zwar sehr ordentlich.)

Peter M. Zimmermann, ehemaliger Beirat des Cinerenta-Medienfonds II, kündigte konsequenterweise sein Mandat fristlos und erklärte u. a.: "...Das Geld wurde einfach verblasen. Mario Ohoven ist eine Lichtgestalt, die das Geld der Anleger verbrennt" (21). Der Düsseldorfer Rechtsanwalt Jens Graf, der für einen Anleger gegen Ohoven geklagt hatte: "Die Irreführung der Anleger hat Methode" (22). Mit Beschluß des Bundesgerichtshofes vom 31.07.03 wurde ein Urteil des OLG Düsseldorf gegen Ohoven´s "Investor- und Treuhand-Beratungsgesellschaft" rechtskräftig. In der Begründung heißt es u.a., daß der klagende Kunde "die unseriösen Machenschaften" nicht hätte durchschauen können und müssen.

Der "Anlegerschutz-report" vom 30.09.02 faßt zusammen: "..Nach meiner Einschätzung ist dieser Fall die größte Medienfonds-Affaire überhaupt. Mario Ohovens Einfluß als Mittelstandspräsident auf die Presse ist offensichtlich so stark, daß der Fall bisher noch weitestgehend unter der Decke geblieben ist.(...) Wir haben weitere Vermögens-Vernichtungs-Emissionen der Investor-Treuhand bzw. von Mario Ohoven dokumentiert.." (23)

Fürwahr eine "feine Gesellschaft".

13.3. Joseph A. Geyer - der Sonnenkönig aus der Pfalz

Gut lebt´s sich in den feinen Finanzdienstleister-Kreisen, was ein weiterer Vermögens-Vernichter dieser Branche beweist. Fährt man von der romantischen "Weinstraße" hinter Grünstadt ab in Richtung Ludwigshafen, erreicht man nach knapp 4 km das kleine Örtchen Bissersheim. In Ortsmitte biegt eine Gasse nach links ab, eine Sackgasse, an deren Ende man auf die Mauer der ehemaligen "Haldmühle" trifft. Die Mauer ist zwar alt, aber stabil und "runderneuert". Mit gutem Grund: Hinter der Mauer und einem wohl mit Absicht wenig Vertrauen erweckenden Tor, hinter dem der arglose Wanderer nichts Besonderes vermutet, tut sich ein kleines Versailles auf. Aus der ehemaligen Mühle wurde ein gigantisches Haupthaus, die Nebengebäude wurden zu komfortablen Gäste-Appartments umgebaut. In das Haus ist das alte Mühlrad integriert, das man durch einen verglasten Boden "von oben" betrachten kann. Aus dem alten Garten wurde ein herrlicher Park, angelegt wie die schönsten Gärten Frankreichs. In der langgestreckten Garage stehen standesgemäß u. a. ein Mercedes 500, ein Chevrolet und ein Jaguar E-Type. Diesen "Traum von Pracht-Immobilie" verwirklichte für sich der Sonnenkönig der Vorderpfalz, Joseph A. Geyer, Inhaber vieler Ehrenämter, wie z. B. Präsident des traditionsreichen Ringerclubs VfK Schifferstadt; Ehrensenator der Karnevals-Gesellschaft "KG Schlotte", die den "Saumagen-Orden" vergibt; Präsident der "Josephs-Gesellschaft", deren (nach seinen eigenen Worten) einziges Mitglied Joseph Geyer ist; Delegierter zum CDU-Bundesparteitag und Landesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Rheinland-Pfalz. Nicht ganz nachvollziehbar ist der Sitz seiner vielen Firmen: Mal firmiert er in Ludwigshafen und mal im vornehmen Heidelberger "Schlößchen" (so

heißt das wirklich) am Fuße des berühmten Heidelberger Schlosses.



Schloßherr Geyer: Tausende Immobilien-Geschädigte

Beruflich ist Geyer Bauträger, Initiator und offener oder verdeckter Chef eines kaum durchschaubaren Finanz-Imperiums. Auch Geyers Geschäftsprinzip beruht auf dem Geld anderer Leute. Er legt Immobilien-Fonds auf - wobei er die ganze Palette dieser Branche "drauf" hat. Und das geht so: Er sucht über eine Projekt-Firma eine Immobilie, zu der er ein Angebot auf Nutzung projektiert. Dafür nutzt er eine eigene Projektierungsfirma. Auch der Bau der Immobilie wird über eine eigene Firma abgewickelt, ebenso die Finanzierung. Und "steht" die Immobilie, wird sie wieder von einer Geyer-eigenen Firma verwaltet. Dann wird die Immobilie in "Anteile" eines Kapitalanlage-Fonds zerlegt und der steuersparwilligen Klientel angeboten - selbstverständlich über eine eigene Vertriebsfirma. Die Immobilie wird sodann - wieder von einer eigenen Firma - "verwaltet". Und damit die Anleger ruhig schlafen können, wird als "Mietgarant" eine weitere eigene Firma eingeschaltet.

So gehören zu Geyers Imperium u.a. die Cumulus GmbH (Prospekt-Herausgeber), die GEDE-WOHN-Vermietungs- und Verwaltungs-

GmbH (Fonds-Geschäftsführer und/oder Mietverwalter), die DELUS Vermögensanlagen AG (Verkauf der Immobilien), die GVB Vermögens-, Bau- und Betriebsberatungs-GmbH (Finanzierungsvermittlung), die GTB Bauträger- und Betreuungs-GmbH (Plazierungsgarantie), die FIBEG Finanzberatung- und Vermögens-Verwaltungs-GmbH usw. Selbstverständlich - und wie in der Branche üblich - wechseln die Firmenziele der einzelnen Gesellschaften, oder es werden viele Firmen gleichen Namens, aber unterschiedlicher Firmenzusätze gebildet, so daß man sehr rasch den Durchblick verliert. Und wenn´s ganz hart kommt, läßt man ganz einfach eine Firma in Konkurs gehen; die Gläubiger schauen dann in die Röhre. So hat die DELUS AG z.B. zwar ein Haftungs-Kapital von 2 Millionen DM gehabt, was viel klingt. Geyer setzte die DELUS aber gerne als Mietgarantin ein; 2 Millionen Kapital wiegte die Anleger in Sicherheit. Vor vier Jahren meldete dann die DELUS kurzerhand Konkurs an; die Mietgarantie ist dadurch nichts mehr wert, und die Anleger können nicht mehr ruhig schlafen. Auch die "FIBEG Vermögensanlagen-Vertriebs-GmbH" ist inzwischen erloschen. Deren Geschäftsführer (K.H.G.) hatte bis dahin bereits vier "eidesstattliche Versicherungen über die Vermögensverhältnisse" (vulgo: Offenbarungseid) auf dem Buckel, was Geyer wohl nicht gestört hatte, aber nicht gerade zu in dieser Branche wichtigen Vertrauensbildung beiträgt.

Die eben geschilderte Vorgehensweise des Zwischenschaltens vieler eigener Firmen hat große Vorteile - für den Initiator: Jede seiner eigenen Firmen wird für ihre Dienste aus dem Geld der Anleger zuallererst bezahlt. Und wenn dann noch etwas übrig bleibt, kriegt auch der Anleger seinen Teil. Aber auch hier, wie bei Ohoven, gilt: Viele dieser Immobilien sind zu teuer, die vertrauensseligen Anleger werden abge-

zockt. Gehässiger Kommentar eines Insiders: "Von Blinden für Blinde gemacht." So schreibt denn der auch bei den Gerichten geachtete Brancheninformationsdienst "kapital markt intern" zu vielen der Geyer'schen Fonds stereotyp: "Überteuertes Angebot, das im Vergleich zu vielen anderen Immobilienfonds etliche zusätzliche konzeptionsbedingte Risiken beinhaltet." Oder: "Überteuertes Angebot, das sich für die Initiatoren mehr rechnet als für die beteiligten Anleger.(..) Für Vertriebsinteressenten erscheinen Haftungsfälle und Ärger mit den Kunden vorprogrammiert..."

Besonders beißend ist die Kritik von "kapital markt intern" zu dem "Cumulus Immobilienfonds Neue Bundesländer No. 1 GbR" (mit 36 Millionen DM geplant): "...Der vorgesehene Kaufpreis der Immobilien in Höhe der 16-fachen Jahresmiete ermöglicht es der DELUS Vermögensanlagen AG (Geyer), von der die Objekte gekauft werden sollen, noch einige Jahresmieten abzuschöpfen (...) Provisionen an eingeschaltete Anlagevermittler . . . sind von verschiedenen Vertragspartnern . . . zu bezahlen, so daß der wirtschaftliche Gehalt einzelner Leistungen kaum ersichtlich ist (. . .) Langfristiges Unterdeckungsmodell, das sich für Anleger (...) normalerweise nicht rechnet..."

Mehr als 10.000 arglose Anleger wurden Anfang bis Mitte der 90er Jahre für Fonds der FIBEG-Gruppe geworben. Die Rechtsanwalts-Kanzlei Bornemann, die das Treiben des Herrn Geyer kritisch beobachtet, schreibt dazu: *"...Diese Cumulus-Fonds, Imperial-Fonds, Sachwert-Fonds oder Immobilienfonds Neue Bundesländer, die schwerpunktmäßig in Einkaufszentren in den neuen Bundesländern investierten, erweisen sich heute für die Anleger buchstäblich als Faß ohne Boden. Die*

Ausschüttungen wurden eingestellt oder reduziert, die Zinszahlungen an die finanzierenden Banken (...) bedrohen vielfach die Existenz der zumeist mit kleinen Einkommen ausgestatteten Anleger.

Die nunmehr eingetretene Situation kommt nicht überraschend. Der Brancheninformationsdienst kapital markt intern hat schon in den 90er Jahren die aus den Fondsprospekten zu erkennenden Risiken analysiert und vor Beteiligungen an den FIBEG-Fonds gewarnt. Die Anlageobjekte wurden zunächst durch Gesellschaften der FIBEG-Gruppe (DELUS AG, GTB GmbH) zu marktüblichen Preisen eingekauft und anschließend überteuert an die Fondsgesellschaften weiterverkauft. Durch die hinzu kommenden Kosten für diverse ‚Dienstleistungen', die in den jeweiligen Fondskonzeptionen enthalten waren, stieg der gesamte Aufwand auf mehr als das 21-fache der Jahresmiete. Der übliche Kaufpreis für derartige Supermärkte und Einkaufszentren liegt in etwa beim 11-fachen der Jahresmiete. (...) Bei diesen Zahlen wird klar, warum das Fonds-Konzept von vorneherein zum Scheitern verurteilt war..." (24)

Und Rechtsanwalt Fuellmich, der ebenfalls Kläger gegen Geyer & Co. vertritt, warnte am 24.11.01: *"...raten wir dringend allen Wohnungseigentümergemeinschaften, welche noch entweder von der Briese-Gruppe (...), der FIBEG-Gruppe ("GEDE Wohn") oder der Harald Georgi-Gruppe ("Geo") verwaltet werden, schnellstmöglich diese Verwaltungen abzuberufen und zu kündigen und durch seriöse Verwaltungen zu ersetzen. Gegen Mitarbeiter aller drei Firmen laufen strafrechtliche Ermittlungen (...) und alle drei Firmen haften auf Rückabwicklung der von den anderen Gruppenmitgliedern (...) im Wege der arglistigen Täuschung bzw. des Betruges an Sie vermittelten Immobilien..." (25)*

Eine von der Vermögensvernichtung betroffene WEG (Wohnungseigentümergemeinschaft Duisburger Str./Moränenstr. in 45479 Mülheim) hat von den Professoren Deutsch und Spickhoff ein Gutachten anfertigen lassen. Professor Deutsch wird in einer Veröffentlichung der WEG wie folgt zitiert:

"Viele tausend arme Schweine sind durch kriminelle Methoden ins Elend gestürzt worden."

Der in diese Affaire verwickelte Joseph A. Geyer zeigt sich völlig unbeeindruckt von den Vorwürfen und ließ sich prompt von seiner Partei als Landesvorsitzender der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung der CDU Rheinland-Pfalz wiederwählen. Der feine Herr Geyer als Aushängeschild des bodenständigen Mittelstandes? Dreister geht´s nicht!

14

Groß-Abzocker Jassir Arafat: 300 Millionen Dollar Vermögen ?

Der geneigte Leser mag sich wundern, in einer Publikation zu Deutschlands großen Abzockern auch PLO-Chef Jassir Arafat zu finden. Die Erklärung: Arafat hat ein riesiges Vermögen angehäuft - und das vornehmlich mit EU- und damit deutschen Geldern. Der deutsche Steuerzahler verhalf also diesem Mordbuben zu seinem Reichtum. Für die rot/grüne Bundesregierung scheint dies kein Thema zu sein, für die französischen Behörden aber schon. Bei deren Untersuchungen wurde z. B. festgestellt, daß Arafats Ehefrau Suha, die seit Jahren mit ihrer Tochter Sahwa in einer Suite des Luxushotels Bristol in Paris lebt, bisher "Eingänge in Höhe von 11,5 Millionen US-Dollar verbuchen" konnte. Jeden Monat kamen weitere Zahlungen von einhunderttausend Dollar hinzu. Die verlangt "Madame" jetzt auch noch nach dem Tod ihres Mannes als Apanage - zusätzlich zu einem bedeutenden Anteil seines Vermögens. Der langjährige Schatzmeister der PLO, Djawid al-Ghussein, behauptet, er persönlich habe Transfers aus dem Palästinensischen Nationalfonds auf Arafats Privatkonten durchgeführt. Der Friedensnobelpreisträger Arafat verwaltete das Vermögen der PLO und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PNA). Allein das Vermögen der PLO wird auf acht bis vierzehn Milliarden Dollar geschätzt. Es stammt aus verschiedenen Quellen, z. B. noch aus der ehemaligen Sowjetunion, aber auch aus Drogenschmuggel und Schutzgelderpressung.



Terrorist Arafat: 300 Mio. Dollar Privatvermögen

Arafat mehrte dieses - und sein eigenes - Vermögen auf eine bewährte Weise: In Palästina wurden von ihm eine Reihe von Monopol-Unternehmen gegründet, die kräftig Gewinne abwerfen und die er mit Vertrauten und/oder Familienangehörigen besetzte. Niemand kann von außen überblicken, wieviel dort erwirtschaftet wird. Westliche Beobachter gehen aber übereinstimmend davon aus, daß es "mehrere hundert Millionen Dollar pro Jahr" sein dürften. Aus dem "offiziellen" Haushalt der PNA von 1,2 Milliarden Dollar (2003) genehmigte sich Arafat für sein "persönliches Büro" allein im Jahr 2003 rund 74 Millionen Dollar - acht Prozent des Gesamtetats, von denen er nach Feststellungen des IWF (Internationaler Währungsfonds) 34 Millionen "als Transfer-Leistungen freigiebig verteilte" - eine für den IWF nicht hinnehmbare Praxis, "unvereinbar mit einem nachprüfbaren und transparenten öffentlichen Finanzsystem" (IWF). Nach Schätzungen des amerikanischen Wirtschaftsmagazins Forbes besitzt Arafat ein persönliches Vermögen von 300 Millionen Dollar; israelische Quellen sprechen gar von achthundert Millionen bis zu 1 Milliarde, und amerikanische und israelische Geheimdienstquellen gehen von "bis zu sechs Milliarden" aus. Allerdings: Noch weiß man nichts Genaues; aber täglich wird die Sicht klarer - insbesondere jetzt nach Arafats Tod.

Zuwendungen der EU und des IWF "weg"

Im Jahre 2002 gelang es dem israelischen Geheimdienst, PNA-Finanzunterlagen sicherzustellen. Die Auswertung der gefundenen Papiere ergab zweifelsfrei, daß Arafat nicht nur den anti-israelischen Terrorismus förderte, sondern daß einige der Finanzmittel u.a. aus Zuwendungen der EU stammen. So belegt ein Dokument deutlich, daß der PLO-Chef die Zahlung von 126.000 US- Dollar an Kämpfer der Al-Aqsa-Brigaden genehmigt hat. Die EU-Kommission reagierte verstört auf die Vorwürfe, mit ihren Geldern würde der internationale

Terrorismus mitfinanziert. Sie fühlt sich, so ein Sprecher der Kommission, "von Arafat über den Tisch gezogen". In den beiden vergangenen Jahren sind rund 500 Millionen Euro der EU (z. T. zweckgebunden) an die PNA gezahlt worden. Die Untersuchungen der EU laufen noch; man will wissen, was mit dem Geld passiert ist. Aber es dürfte schwerfallen, die Zahlungen zu entschleiern: Arafat verwaltete seine Konten selbst, trug alle Geheimnummern in einem schwarzen Notizbuch stets bei sich und unterzeichnete, glaubt man seinem Finanzberater Mohammed Raschid, alle Schecks und Überweisungen ab 200 Dollar persönlich.

Arafat legte es offensichtlich ganz bewußt darauf an, daß Außenstehende nur schwer zwischen den einzelnen Kassen unterscheiden können: Da gab es das "Privatgeld" Arafats, das Geld der PLO, der palästinensischen Wirtschafts-dienstgesellschaft PCSC, die "Autonomie-Kasse mit dem Palästinensischen Investitionsfonds PIF und die schon erwähnten Tabak-, Bau- und ähnliche Monopol-Firmen, deren Erlöse ebenfalls ausschließlich von Arafat "kontrolliert" wurden, etc.

Händeringend appellierte deshalb die Europa-Parlamentsabgeordnete Ilka Schröder (parteilos) an ihre Kollegen im EP, die Fördermittel an Arafat zu stoppen. Aber das Europa-Parlament billigte noch im Jahre 2002 weitere 15 Millionen Euro an die PNA. Ilka Schröder: "...Seit Monaten liegen stichhaltige Beweise für die Verwendung von EU-Geldern als Terroristensponsoring vor. Dem Europäischen Parlament scheint das egal zu sein: Augen zu und durch ist die Devise der Mehrheit der EU-Abgeordneten..."(26)

Nach einer Meldung des "Spiegel" (27) entdeckten Prüfer des IWF bei einer Kontrolle, daß Arafat von 1995 bis 2000 rund 590 Millionen Dollar Einkünfte aus Steuern und Abgaben auf Benzin, Alkohol und Tabak

sowie 300 Millionen Dollar Gewinne aus Monopolgeschäften und Kapitalinvestitionen am Haushalt vorbeigeschleust hatte. Das Geld soll auf einer israelischen Bank gebunkert, auf geheime Konten in die Schweiz transferiert und dann investiert worden sein. Der IWF geht davon aus, daß bis zum Jahre 2000 insgesamt etwa 750 Millionen Dollar aus den Steueraufkommen und aus Geldern der "Geberstaaten" - darunter Deutschland - "abhandengekommen" seien; der IWF spricht von "insgesamt 750 entführten Millionen". Und die im arabischen Raum angesehene kuwaitische Zeitung "Al Watan Daily" berichtet unter dem 21.06.02, daß "auf Arafats Konten bei einer Bank in Kairo jetzt 5,1 Millionen Dollar Hilfsgelder entdeckt wurden, die für den Aufbau Palästinas gedacht waren". Das Blatt weiter: "Die Millionen-Spenden wurden von Geschäftsleuten in verschiedenen arabischen Staaten gesammelt, um Häuser, Straßen und Krankenstationen für hilfsbedürftige Palästinenser zu bauen. Stattdessen wurde das Geld jedoch heimlich von korrupten Bankbeamten in Kairo auf Arafats Privatkonten umgeleitet."

Der israelische Finanzbuchhalter Ozrad Lev, der einige Konten Arafats verwaltete, berichtete 2002 in der Zeitung "Maariv", daß "...aus den Steuermitteln, die Israel nach Gründung der palästinensischen Autonomiegebiete 1994 an dortige Arbeitnehmer abführen mußte, zum Beispiel 300 Millionen illegal auf ein 1997 eingerichtetes Schweizer Privatkonto Arafats abgeführt" worden seien. Kenner der Szene gehen davon aus, daß es - wenn überhaupt möglich - noch lange dauern werde, bis sämtliche Transaktionen und Bereicherungsfälle Arafats aufgedeckt werden können.

Wann läuten denn endlich die Alarmglocken in Berlin und Brüssel, damit diesem Treiben - und der Verschleuderung unserer Steuergelder - Einhalt geboten wird?

15

Verraten und gekauft - die Berater-Republik

Man spricht von "Bananen-Republik" und meint süd- und mittelamerikanische Operetten-Staaten mit dubiosem Machtgefüge und fragwürdiger demokratischer Kontrolle. Südamerika? In Deutschland wachsen zwar keine Bananen, aber dafür blühen Korruption und Vetternwirtschaft so stark, daß die "alten" Bananen-Republiken vor Neid erblassen.

Szenenwechsel: Vor mir liegt eine Europa-Landkarte. Auf jedem einzelnen europäischen Staat steckt ein Fähnchen mit der Angabe des jeweiligen Wirtschaftswachstums. Alle europäischen Staaten weisen ein mehr oder weniger großes Wachstum aus. Nur in der Mitte Europas prangt ein großes, weißes Loch: Deutschland. "Null-Wachstum" (also keines), nur Stillstand oder Rückgang in nahezu allen Bereichen. Alles geht den Bach runter: Weniger Arbeitsplätze, steigende Arbeitslosigkeit, verheerende Bildungspolitik, galoppierende Staatsverschuldung, leere Kassen usw., usw. Außer der Korruption blüht nur ein Gewerbe: das Berater-(Un)wesen. In der internationalen Korruptionsstatistik messen wir uns inzwischen an afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten. Bei der Berater-Branche muß man schon etwas genauer hinschauen: Die allgemeine Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges verläuft ähnlich negativ wie die unserer gesamten Volkswirtschaft - mit einer großen Ausnahme: Die Beratung der öffentlichen Hand wächst und gedeiht - zum Wohl aller Beteiligten, die natürlich saubere Hände haben; denn es ist wie so oft im Leben: Eine Hand wäscht die andere.

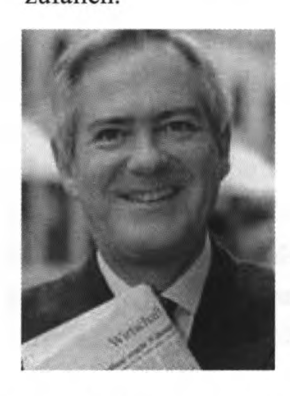
Kartelle und Seilschaften?

Seit Bekanntwerden der vielen Beraterverträge der Bundesanstalt für Arbeit (heute Bundesagentur), die letztlich zum unrühmlichen Abgang des BA-Vorsitzenden Florian Gerster führten, weiß inzwischen jeder Bürger, daß "die Politik" offensichtlich ohne Sachverstand von außen nicht zurechtzukommen scheint. Was zwei generelle Bemerkungen provoziert: Deutschland, seit mehr als 100 Jahren von der ganzen Welt wegen der effizienten Verwaltung und der Zuverlässigkeit seiner Staatsdiener beneidet, traut anscheinend nicht mehr dem Sachverstand seiner Beamten. Zum anderen fällt auf, daß die deshalb (?) vergebenen Beratungsaufträge zum ganz überwiegenden Teil einigen wenigen "Consultants" zugutekommen (siehe Übersicht). Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) spricht von "Kartellen, Seilschaften und Freundschaften, die sich gegenseitig einen Dienst erweisen". Dabei denkt er vor allem an Roland Berger, die Nr. 2 bei den Beratern, der seit 1994 "dick im Geschäft" ist, insbesondere bei den ehemaligen SPD-Ministerpräsidenten Schröder, Glogowski und Gabriel. Kein Wunder, denn der für den öffentlichen Dienst zuständige Berger-Geschäftsführer, Jobst Fiedler (SPD), war vorher Oberstadtdirektor in Hannover. Auch der Marktführer, McKinsey, verdient kräftig am Staat, geht aber "geräuschloser" damit um als Berger und stellt sich auf zunehmendes Wachstum in diesem Bereich ein.

"Gestückelte" Millionen an Roland Berger

Das Geschäft lohnt sich. In neun Jahren SPD-Regentschaft hatte die Regierung in Hannover 368 Gutachten im Wert (?) von 28,3 Mill. Euro in Auftrag gegeben. Roland Berger profitierte davon in besonderer

Weise. Für ihn wurde ganz offensichtlich ein besonderes Strickmuster genutzt: Normalerweise müssen Aufträge ab einem Wert von 200.000 Euro europaweit ausgeschrieben werden. Bei Berger häufen sich Aufträge, die knapp unterhalb dieser Grenze liegen - wie bei einem Stück Wurst, das statt 2 Euro "nur" 1,99 € kostet. Von den erwähnten 368 Aufträgen an Berater im Umfang von 28,3 Mill. Euro gingen 6,2 Mill. allein an Roland Berger, nur sieben der 368 Aufträge wurden - wie vorgeschrieben - in unbeschränkter Ausschreibung vergeben, weitere 33 in beschränkter Ausschreibung, und der Rest, also rd. 90 Prozent der Aufträge, wurde "freihändig" erteilt. Für Berger eine einfache Kiste, er mußte nur möglichst unter 200.000 € bleiben, um nicht besonders auf- zufallen.



Roland Berger: 6,2 Millionen Euro in Niedersachsen, 12,3 Millionen Euro bei der BA

So berechnete Berger für das Gutachten "Grobkonzept für Multimediaprojekte in Niedersachsen" exakt 184.009,- Euro. Im Dezember 1998 erhielt Berger den Beratungsauftrag über die Software-Versorgung der Landesverwaltung mit einer ebenfalls merkwürdigen Auftragssumme: 173.757,43 €. Ein Auftrag (wiederum an Berger) vom Oktober 1999 für "Konzeptionsberatung Innovationsfonds" kostete auffällige 199.537,99 €. Und so geht´s munter weiter: Die "Bestandsaufnahme der staatlichen Mittelinstanzen" (= Abschaffung

der Bezirksregierungen) kostete 198.240,-€ und die "Neuausrichtung des Landesgesundheitsamtes" 173.757,-€. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Im März 1996 berechnete Roland Berger für das "Neurochirurgische Weltzentrum (INI) Hannover" 110.613,- Euro, für dasselbe INI kam dann im August 1996 noch ein "Feinkonzept" für 184.355,- € hinzu. Dickster "Fisch" Bergers, den Jobst Fiedler an Land zog: 516.000 Euro für die "Prüfung der Konsolidierungspotentiale für den Landeshaushalt" - allerdings ohne Ausschreibung erteilt. Eingeweihte behaupten, dies sei ein Gefälligkeitsgutachten gewesen, innerhalb von vier (!) Wochen für Gabriel erstellt, und enthalte längst vorhandene Einsparkonzepte des Finanzministeriums und des Landesrechnungshofes. Beamte arbeiten, Berater kassieren.

Pikante Details: "Man hilft sich - man versteht sich"

➡ Niedersachsen konnte es aber noch besser: Der einstige Grünen-Abgeordnete Hammerbacher, Koalitionär der niedersächsischen SPD, erhielt für seine Hammerbacher-Beratungs-GmbH, Osnabrück, zunächst für die "Erstellung eines Grobkonzeptes für Pilotkurse in zwei Landkreisen" 83.427,- Euro. Dann aber kam der Auftrag "Regionaler Pilotdiskurs: Die Zukunftsaufgaben für Staat und Gesellschaft im Landkreis Soltau-Fallingbostel" hinzu, Rechnungswert: 110.353,- €. Für ähnliche Aufträge im Landkreis Cloppenburg erhielt Hammerbacher 97.202,- € und in Osnabrück 62.527,-€.

➡ Für Manfred Stolpe, den unglückseligsten Verkehrsminister der Republik, war es ein alter Traum, mal richtig Weihnachten zu feiern.

Nicht beschaulich "im Kreis der Lieben", sondern eine richtige Sause mußte es sein. (Wenn schon keine Maut, dann doch wenigstens 'ne richtige Feier.) Und so ordnete der Minister eine Weihnachtsfeier für 760 (!) Gäste des Ministeriums an. Da dies offensichtlich die Kapazität des Hauses sprengte, ließ er die Feier von Profis ausrichten. Die Agentur "Event Consult" kassierte, z. B. auch für "Hostessen-Dienste", schnöde 87.000 Euro. Man gönnt sich ja sonst nix.

➡ Für die "Vermittlung von Aufträgen in Talkshows" erhielt Berater Thomas Schröder, Ex-Chef des FAZ-Magazins, von der Landesregierung Niedersachsen 35.000,- Euro. Die Aufgabe des Beraters: Ministerpräsident Gabriel möglichst bei "Sabine Christiansen" oder "Berlin Mitte" unterzubringen. Der Vertrag Schröders endete - welch ein Zufall - wenige Tage vor der für die SPD verlorengegangenen Landtagswahl. Adé denn, schnöde Welt!

➡ Die Hausagentur der "Grünen", ZgH, ist dem Bundespresseamt (BPA) ans Herz gewachsen. Man versteht sich. Die ZgH erhält für den (Dauer-)Auftrag "Konzeption und Entwicklung von Kommunikationsstrategien durch Einsatz streufähiger Maßnahmen" - der Auftrag heißt wirklich so - vom BPA monatlich pauschal 18.500,- Euro, bis zum Ablauf des Vertrages im Jahre 2006 also schlappe 760.000 Euro.

1 Milliarde € für Beratungen - und mehr

Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Austermann, schätzt, daß die rot/grüne Bundesregierung allein im Jahre 2003 etwa 500 Millionen Euro für Beratungsunternehmen ausgegeben

hat, und wirft der Regierung vor, letztlich "immer die gleichen Leute" zu beauftragen. Dies riecht nach Vetternwirtschaft. Austermann empört sich auch darüber, daß vieles, was die Berater "erarbeiten", schon vorher von den gar nicht so untätigen Beamten vorgezeichnet worden sei. "Allein beim Verteidigungsministerium kommen täglich 300 Berater, die mindestens 1.000 € am Tag verdienen"(Austermann). Dabei wird nach Meinung des Bundesrechnungshofes "regelrecht Geld verbrannt". Und Austermann zählt z.B. auf: Im Jahre 2003 etwa 200 Mill. € für externe Beratung im Verteidigungsministerium. Nur für die Auslegung der Mautverträge beschäftigt Stolpe vier Kanzleien; Kosten 15 Mio. €. Für die Informationstechnik des Bundeskriminalamtes (Innenministerium) rd. 28 Mio. € usw. So kommt es über alles schnell zu einer halben Milliarde an Beratungsrechnungen. Nicht exakt beziffern will das Finanzministerium die Beratungskosten für eine engere Zusammenarbeit des Fiskus; die Kosten dürften inzwischen aber schon einige hundert Millionen Euro erreicht haben.

Der Beratungsumfang bei Bund und Ländern (über die zu berichten der Platz nicht reicht) wird von Fachleuten auf insgesamt weit über 1 Milliarde Euro geschätzt - 50 Prozent mehr als noch vor fünf Jahren. Die "Spezi-Wirtschaft" blüht, und auf den Rat der eigenen Beamten glaubt man verzichten zu können. Wirtschaftsstaatssekretär Alfred Tacke (SPD/DGB) erklärte sinngemäß, die Fachleute könnten sich die Köpfe heiß reden und streiten; wenn die Regierung Schröder konkrete Lösungen haben wolle, wende sie sich ohnehin an Roland Berger. Da war die Katze aus dem Sack!

Und was für den Bund gilt, wird in vielen Ländern ähnlich gehandhabt. Das Beispiel Rheinland-Pfalz mit Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) steht für viele andere:

Im Mai 2003 zahlte das Land Rheinland-Pfalz an die Accenture GmbH, Kronberg, 499.528 Euro für ein "Gutachten zum Medienstandort Rheinland-Pfalz"; die Kienbaum Management Consultants GmbH, Düsseldorf, erstellte im Juni 2003 ein Gutachten "Umsetzung des Strategiekonzepts zur Sicherstellung und weiteren Optimierung der Effektivität und Effizienz der rheinland-pfälzischen Steuerverwaltung". Alles in allem erteilte die rot/gelbe Landesregierung Rheinland-Pfalz im letzten Haushaltsjahr Aufträge an Berater in Höhe von mehr als 6 Millionen Euro - eine erhebliche Steigerung gegenüber den Vorjahren.

Der Gipfel des Berater-Unwesens wurde allerdings bei der Bundesanstalt für Arbeit erreicht: Über 45 Mio. Euro Berater-Honorar wurden brav gezahlt, davon 12,3 Mio. an Roland Berger.

Liest man den Wust von "Papieren", Gutachten, "Charts", Tabellen und Statistiken, die die Berater ihren Honorarrechnungen beifügen, wähnt man sich in einer fremden Welt. Geschraubt formuliert werden massenweise Fremdwörter verarbeitet und sprachliche Nebelkerzen gezündet. Da liest man von "Zero-based Dimensionierung von Aufgaben", von der "Anpassung der Potential-Grob-Plausibilisierung" oder von "Konsolidierungs-Potenzial im eingeschwungenen Zustand". Klingt ungeheuer beeindruckend. Ob damit die lahme Konjunktur wieder anspringt oder gar Arbeitsplätze geschaffen werden, wage ich zu bezweifeln. Jedenfalls fühle ich mich dabei als Steuerbürger zunehmend verraten und verkauft.

Beratung für die Bundesanstalt für Arbeit 2003/2004

Beratungs-Firma	Honorar-Summe in Mill. €
McKinsey	23,20
Roland Berger	9,86
Ernst Young	2,54
Bearing Point	1,25
IBM	1,41
Accenture	5,20
andere	1,89

Die größten Beratungs-Unternehmen (Basis 2002)

Beratungs-Firma	Umsatz in Mio. €	Mitarbeiter
McKinsey	580,0	1.812
Roland Berger	526,0	1.685
Boston Consulting	258,0	1.100
A.T. Kearny	215,0	543
Deloitte Con	214,6	683
Booz Allen Hamilton	160,0	384
Detecon Internat.	160,0	905
Droege	128,2	345

16

Die PR-Berater der Bundesregierung

Das Schlußkapitel dieser Publikation ist den PR-Beratungsunternehmen der rot/grünen Bundesregierung gewidmet. Hat das denn etwas mit "Abzockern" zu tun?, mag der eine oder andere arglose Leser fragen. Und ob! Bundesrechnungshof und Haushaltsausschuß des Bundestages sehen sich immer wieder veranlaßt zu rügen, daß offenbar kontinuierlich der Wettbewerb zwischen den Werbeagenturen ausgeschaltet und/oder das Auftrags-Vergaberecht ausgeschaltet wird. Oftmals würden überhaupt keine Vergleichsangebote angefordert, Aufträge gar mündlich erteilt oder erst nach Auftragserledigung geregelt.

Daß dabei keineswegs der Zufall eine Rolle spielt, liegt auf der Hand. Ganz offensichtlich werden bestimmte "Leistungserbringer" (Agenturen) bevorzugt, die in einem besonderen Verhältnis zu Rot/Grün stehen. Wenn der Geschäftsführer einer Agentur ein "verdienter Genosse" ist oder andere enge Bindungen zu Rot/Grün bestehen, ist ein Auftrag praktisch schon "halb im Sack", und die Konkurrenz guckt mit dem Ofenrohr in die Alpen. Und die Honorare, die dabei vereinbart werden, liegen in nachweisbaren Fällen am oberen Rand des Marktüblichen - oder gar darüber. Es lohnt sich also, einmal hinter diese Kulissen zu schauen.

Das "Sesam-öffne-Dich" für die Millionen-Aufträge der Regierung hat einen Namen, besser gesagt: zwei: "Odeon Zwo" (offensichtlich SPD-nahe) und "Zum Goldenen Hirschen" (im "grünen" Bereich).

16.1. Odeon Zwo

Diese Agentur führte die Bundestagswahlkämpfe für Schröder und die Landeswahlkämpfe der SPD in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Michael Kronacher ist der Chef der Agentur Odeon Zwo und seit 1986 Gerhard Schröder in seinen Wahlkämpfen verbunden. Zudem arbeitet die Agentur "Tür an Tür" mit der SPD-Zentrale in Hannover (Welt am Sonntag, 19.01.03). Odeon Zwo war auch Leitagentur des Bundespresseamtes von 1988 bis 2002. Der Bundesrechnungshof beanstandete Ausschaltung des Wettbewerbes und das Vergabeverfahren. Das Gleiche wiederholte der Bundesrechnungshof für die Startkampagne der Bundesregierung nach der Bundestagswahl 2002.

Seit 1998 hat Odeon Zwo folgende Aufträge erhalten - wie gesagt, z.T. unter heftiger Kritik des Bundesrechnungshofes:

➡ Leitagentur des Bundespresseamtes 1998 - 2002
rd. 26,00 Mio. Euro

➡ Startkampagne der Bundesregierung nach der Wahl 2002
1,20 Mio. Euro

➡ Website für den Rat für nachhaltige Entwicklung (BMBF)
0,24 Mio. Euro

➡ Kampagne zur Finanzierung zur Wohnraumrenovierung
2,40 Mio. Euro

Gesamt rund: 29,84 Mio. Euro

16.2 Zum Goldenen Hirschen

Ohne verklagt zu werden, darf man wohl behaupten, daß die Agentur "Zum Goldenen Hirschen" die Leib- und Magen-Agentur der "Grünen" ist. Im Jahr 2004 konzipierte diese Agentur sämtliche Wahlkämpfe der Grünen. Sie beriet die Grünen auch beim Europa-Wahlkampf und im Bundestagswahlkampf 2002. Aus unerfindlichen Gründen ist "Zum Goldenen Hirschen" inzwischen die Agentur mit den lukrativsten PR-Aufträgen der Bundesregierung geworden. Der Rahmenvertrag mit dem Bundespresseamt zur Regierungs-PR läuft bis 31.12.2006, wobei allein die PR-Offensive zur "Agenda 2010" bisher ein Auftrags-Volumen von rund 14 Mio. Euro erreicht hat.

Das Auftragsvolumen der Agentur "Zum Goldenen Hirschen" beträgt insgesamt:

- Leitagentur des Bundespresseamtes 2002 - 2006
  ca. 25 Mio. Euro
- Plakatwerbung Agenda 2010 ("Deutschland bewegt sich")
  2,2 Mio. Euro
- Verkehrsmittelwerbung
  2,1 Mio. Euro
- Anzeigen Agenda 2010
  3,9 Mio. Euro
- Broschüre zur Agenda 2010 ("Mao-Bibel")
  1,46 Mio. Euro
- Neuauflage Broschüre Agenda 2010 (Mao-Bibel)
  0,72 Mio. Euro

- Werbekampagne zum Dosenpfand
  Kostenangabe bisher verweigert
- Kampagne Umweltpolitische Bilanz
  Kostenangabe bisher verweigert
- Bonner Klimakonferenz 2001
  Kostenangabe bisher verweigert
- Für den PR-Auftrag "Teamarbeit für Deutschland", zusammen mit der Agentur Ahrens & Behrent, fielen in den Haushaltsjahren 2003 und 2004 jeweils **11 Mio. Euro** an.
- Ebenfalls mit Ahrens & Behrent wurden Anzeigen und Broschüren zur Gesundheitsreform erstellt. Die Kosten beliefen sich auf **4,8 Mio. Euro**.

Alles in allem erfreut sich "Zum Goldenen Hirschen" eines Auftragsvolumens von mindestens 35 - 40 Mio. Euro.

16.3 BBDO bzw. Kothes & Klewes

Da nehmen sich die Aufträge an BBDO & ECC bzw. Kothes & Klewes mit rd. 9,8 Mio. Euro eher bescheiden aus. Wobei natürlich zu bemerken bleibt, daß die SPD ein ganz besonderes Verhältnis zu diesen Agenturen hat (BBDO ist an Kothes & Klewes beteiligt). Da war nicht nur Matthias Machnig - ehemaliger SPD-Bundesgeschäftsführer, Staatssekretär a.D. und ehemaliger Kampa-Leiter der SPD - bis Ende 2003 Bereichsleiter "Public Communications" (BBDO), sondern da war auch Benjamin Mikfeld - ehemals Juso-Chef - beschäftigt. Heute ist Mikfeld Büroleiter beim SPD-Bundesgeschäftsführer.

Und bei Kothes & Klewes gibt´s noch Detlev Samland, ehemaliger

SPD-Europaabgeordneter und NRW-Minister - dort zurückgetreten, weil er 100.000,- DM aus seinem Aufsichtsratsmandat bei der Rheinbraun AG nicht versteuert hatte. Samland ist zudem Geschäftsführer der ECC, einer Tochter von Kothes & Klewes.

Statt eines Schlußwortes

Wie definierte noch das "Duden-Bedeutungswörterbuch" den Begriff "absahnen"?:

"...machen, daß man anläßlich einer sich bietenden Gelegenheit in den Besitz von reichlich viel Geld kommt bzw. jemanden um sein Geld bringt."

....was mit dieser Publikation zu beweisen war.

Quellen-Verzeichnis

1. Hans-Herbert von Arnim: "Fetter Bauch regiert nicht gern", Knaur Verlag München, S. 14 ff, ISBN 3-426-77385-6
2. H.H. von Arnim: "Schneller, höher, reicher", in www.12-uhr-mittag.de
3. Net-Zeitung, 01.12.03
4. Rhein-Zeitung Koblenz, 31.10.03
5. Bild am Sonntag (Dirk Hoeren, Johannes Marten)
6. Die Welt, 05.09.03
7. Focus, Nr. 38/2003
8. Süddeutsche Zeitung, 02.05.03
9. Magdeburger Volksstimme, 13.03.99
10. Hamburger Abendblatt, 27.05.03
11. Der Spiegel, Nr. 48/2003
12. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 22.11.03
13. manager magazin, 24.10.2002
14. Frankfurter Rundschau, 27.03.04
15. FAZ, 02.08.04
16. Handelsblatt, 25.06.04
17. FAZ, 23.07.04
18. FAZ, 31.07.04
19. Der Spiegel, Nr. 33/2004
20. siehe auch Kapitel II,3: "Friedel Neuber", in Helmes "Macht Kasse, Genossen", Hamburg
21. stern.de, 27.11.2002
22. manager magazin, 25.01.2002
23. "Der Deutsche Wirtschaftsbrief", 27.08.2004
24. Internet-Veröffentlichung der Kanzlei Bornemann
25. Internet-Veröffentlichung RA Fuellmich, Archiv 2001
26. Presseerklärung Ilka Schröder, MdEP, vom 24.10.02
27. Der Spiegel, Nr. 31/2004

Foto-Quellen-Verzeichnis

Auswärtiges Amt
BHW
Bundesministerium für Verteidigung
cdu.de
dgb-bayern.de
dgb.de
Dpa
eca.eu.int
europa.eu.int
europaeische-sicherheit.de
fdp-berlin.de
gruene-fraktion.de
igm.de
Manager
Mittelstandsvereinigung
Jens Neumann/Edgar Rodtmann
olivier roller
riesenhuber.info
SPD-EU-Fraktion
spd.berlin.de
archiv.spd.de

Personen-Register

Ackermann, Josef 76, 78, 85, 89
Ahrens, Hans-Jürgen 70
Arafat, Jassir 106 - 109
Arnim, Prof. Dr. Hans Herbert von 11, 13, 16, 21, 23, 50

Barroso, José 57
Baumann, K.-H. 82
Baumgärtner, Werner 71
Baums, Theodor 83
Beck, Kurt 115
Berger, Roland 92, 111 - 113, 115 - 117
Bergmann, Christine 22
Berninger, Matthias 36, 37
Bernotat, Wulf 78
Bielka, Frank 63
Bodewig, Kurt 39
Bolkenstein, Frits 83
Bonhard, Nikolaus von 79
Breuer, Rolf 81
Bsirske, Frank 67, 86
Bury, Hans 37
Buschmann, Peter 70

Carstensen, Peter-Harry 24
Claassen, Utz 91
Cohn-Bendit, Daniel 151
Cromme, Gerhard 82

Diekmann, Michael 176, 77

Eichel, Hans 12, 36, 39
Engelen-Kefer, Ursula 67
Erlen, Hubertus 79
Esser, Klaus 86

Fiedler, Eckhart 70
Fiedler, Jobst 111, 113
Fischer, Joseph 40
Fischer, Manfred 90
Frenzel, Michael 179
Fruschki, Hans-Joachim 70
Funk, Joachim 91

Geissler, Heiner 19
Gerhard, Wolfgang 17, 18
Gerster, Florian 26, 62, 111
Geyer, Joseph A. 100 - 103, 105
Graf, Jens 99
Gramsch, Eberhard 71

Hainer, Herbert 77
Hambrecht, Jürgen 77
Hansen, Leonhard 72
Hartmann, Ulrich 81
Hawreliuk, Heinz 67
Helming, Hans-Joachim 72
Herzog, Roman 44, 47
Höhn, Bärbel 28
Hollerith, Joseph 61
Huber, Berthold 67

Jagoda, Bernd 62

Kahmann, Jan 67
Kagermann, Henning 79
Kley, Max Dietrich 81
Klose, Ulrich 20
Klusen, Norbert 71
Körber, Hans-J. 79
Kohl, Helmut 41, 59
Kohlhaussen, Manfred 80
Kopper, Hilmar 81
Kossendey, Thomas 48
Kronacher, Michael 119
Kuhn, Fritz 38
Kühnast, Renate 41

Lafontaine, Oskar 59
Lambsdorff Graf, Otto 20
Lehner, Ulrich 78
Leinen, Jo 54
Lipps, Ben 78

Machnig, Matthias 121
Mayrhuber, Wolfgang 78
Merkel, Angela 17, 39
Michelbach, Hans 32
Mikfeld, Benjamin 121
Möllemann, Jürgen 59
Mönig-Raane, Margret 68
Moldenhauer, Klaus 71
Müller, Klaus-Peter 77, 89
Müller, Peter 17
Müntefering, Franz 18

Neuber, Friedel 182, 90
Neukirchen, Kajo 90
Nolte, Claudia 21, 36, 38

Ohoven Henriette 96
Ohoven, Mario 96 - 99, 102

Panke, Helmut 77
Peters, Jürgen 68
Pichetsrieder, Bernd 79
Piëch, Ferdinand von 82
Pierer von, Heinrich 79
Platzer, Helmut 71
Probst, Simone 36 - 37
Prodi, Romano 57

Rampl, Dieter 78
Rau, Johannes 45, 47 - 48
Rebscher, Herbert 71
Reichenbach, Horst 56
Reitzle, Wolfgang 78
Retzlaff, Hartmut 89
Reuter, Edzard 86
Rexrodt, Günther 25
Richter-Reichhelm, Manfred 73
Ricke, Kai-Uwe 78, 85
Riesenhuber, Prof. Dr. Heinz 24
Riester, Walter 22
Rische, Herbert 71
Roels, Harry 77
Roth, Claudia 38
Rupprecht, Rudolf 79

Samland, Detlev 121
Scharping, Rudolf 18
Schaub, Alexander 56
Scheel, Christine 25
Scheel, Walter 44, 46
Schlauch, Rezzo 40
Schmidt, Albrecht 81
Schmoldt, Hubertus 69
Schneider, Manfred 80 - 81, 90
Schößer, Fritz 69
Schreier, Bernhard 90
Schrempp, Jürgen 78, 85
Schröder, Dagmar 26
Schröder, Gerhard 39, 119
Schröder, Thomas 114
Schulte, Dieter 68
Schulte-Noelle, H. 80
Schulz, Ekkehard 79
Schulz, Reinhard 24
Schweickhardt, Nikolaus 77, 84, 88
Seehofer, Horst 40
Seifert, Werner 78
Siegerist, Joachim 7
Sommer, Michael 68
Sommer, Ron 91
Sonder, Claudio 90
Steinbrück, Peer 16
Stoiber, Edmund 16, 83
Stolpe, Manfred 40, 113, 115
Stoltenberg, Gerhard 19
Strube, Jürgen 80
Struck, Peter 41, 48
Südhofer, Klaus-Dieter 69

Tacke, Alfred 115
Thierse, Wolfgang 17
Trittin, Jürgen 38

Verheugen, Günther 57

Wagner, Reinhard 94 - 95
Waigel, Theo 59
Weber, Jürgen 82
Wedel v., Hedda 58
Weise, Norbert 27
Weizsäcker v., Richard 44, 46
Wend, Rainer 35
Wennemer, Manfred 77
Wenning, Werner 77
Wiesehügel, Klaus 69
Wolf, Ingo 60
Wulff, Christian 111

Ziebarth, Wolfgang 78
Zimmermann, Peter M. 99
Zumwinkel, Klaus 78, 81, 85
Zumkley, Peter 62
Zwickel, Klaus 68, 87



Wasser-Prediger und Wein-Trinker

„Ich kenne die Weise,
ich kenne den Text.
Ich kenn´ auch die Herren Verfasser.
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
und predigten öffentlich Wasser."

(Heinrich Heine, Wintermärchen)

Peter Helmes

DIE ABZOCKER

WPR